

Kurzmeldungen (3-7/24)

EU-Sperrklausel

Kleine Parteien in Deutschland sollen bei den nächsten Wahlen zum EU-Parlament ausgeschlossen werden. Die Großparteien kamen damit beim Bundesverfassungsgericht zweimal (2011 und 2014) mit deutschen Gesetzen nicht durch, weil eine EU-Sperrklausel gegen die Grundsätze der Chancengleichheit der politischen Parteien und der Wahlrechtsgleichheit verstößt.

Deshalb haben die großen Parteien in Deutschland nun eine Sperrklausel von 2% über den Umweg des EU-Rechts durchgesetzt, denn auf der EU-Ebene gibt es diese Grundrechte nicht.

Am 26.11.2020 forderte das EU-Parlament die Errichtung eines einheitlichen Europäischen Wahlsystems. Auf dieser Grundlage beschloß dann der Ausschuss für konstitutionelle Fragen im EU-Parlament einen Antrag von Sven Simon aus der Fraktion der EVP. Darin wurde die Einführung einer Sperrklausel von bis zu 5% für Mitgliedsstaaten beschlossen, die mehr als 60 Sitze haben. Dies betrifft damit nur Deutschland, da Frankreich und Italien bereits eine Sperrklausel haben. Am 4.4.2022 wurde dieser Antrag im Parlament behandelt. Unterstützt wurde der Vorschlag von den Fraktionen der Grünen, der S&D, der Linken und Renew. Abgelehnt wurde der Gesetzesvorschlag von den Fraktionen der Konservativen und Reformern sowie der Fraktion Identität und Demokratie. Die Abgeordneten der EVP verteilten sich auf beide Lager. Am 3.5.2022 wurde der Gesetzesvorschlag dann mit einer einfachen Mehrheit im EU-Parlament angenommen. Im Rat der Europäischen Union wurde dieser Vorschlag am 18.10.2022 abgelehnt. Die Fraktion von CDU/CSU hat dann am 19.10.22 im Bundestag einen Entwurf für eine Änderung des Europawahlgesetz eingereicht, welcher die Einführung einer 2%-Sperrklausel für die Europawahlen vorsieht. Die Grünen hatten die Änderung lange verhindert, ohne sie hätte es nicht die nötige Zweidrittelmehrheit im Bundestag gegeben. Doch bei den Koalitionsverhandlungen mit SPD und FDP haben die Grünen dann eine Sperrklausel akzeptiert. Der Bundestag hat dann der Änderung des Direktwahlaktes zugestimmt. In diesem Fall waren sich Ampelkoalition und Unionsfraktion einig. Der Bundesrat hat die Änderung am 7. Juli gebilligt.

Das aktuelle EU-Wahlrecht und der Ausschluß direkt-demokratischer Mitgestaltung spiegelt den Widerwillen der Großparteien wieder, die Macht mit den Bürgern zu teilen.

Quelle: <https://www.mehr-demokratie.de>

<https://www.oedp.de/themen/sperrklausel-europawahl>

zum Ergebnis der EU-Wahl

Fast 30% der jungen Menschen zwischen 16 und 24 Jahren in Deutschland hat Kleinparteien gewählt. 9% der Stimmen bekam bei jungen Menschen die Partei Volt. Der proeuropäische Fokus der Partei dürfte ausschlaggebend gewesen sein, in der Kombination mit klaren Klimaschutzpositionen.

Quelle: FAZ, 15.6.24, „Das Wahlverhalten der Jüngeren ist fluider“

In der Allensbacher Umfrage im Auftrag der FAZ gaben 17% der Befragten unter 30 Jahren an, daß für sie die AfD die sympathischste Partei sei. In der Bevölkerung insgesamt machten nur 13% diese Angabe. Rechnet man aber die Werte für SPD, Die Grünen und Die Linke zusammen, kommt man bei den unter 30-Jährigen auf insgesamt 43%, die eine dieser Parteien als die sympathischste nennen, bei der Gesamtbevölkerung dagegen nur auf 35%.

Die politische Ausrichtung der Bevölkerung ändert sich also kaum, aber das Mediennutzungsverhalten. Zwei Drittel der 60-Jährigen und Älteren in Deutschland nutzen lokale Tageszeitungen zur politischen Information. Bei den unter 30-Jährigen informieren sich zwei Drittel über soziale Netzwerke als politische Informationsquelle. Diese sind damit für die unter 30-Jährigen inzwischen das wichtigste Medium noch vor den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern. Die Parteien, die in den digitalen Netzwerken der unter 30-Jährigen dominieren, zeigen diese eine leicht überdurchschnittliche Sympathie.
Quelle: FAZ, 19.6.24, „Die Jugend - rechts und radikal?“ Institut für Demoskopie Allensbach

ÖDP-Abgeordnete schließt sich der EVP-Fraktion an

Nach ihrer Wiederwahl bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni hat Manuela Ripa, Abgeordnete der „ÖDP - die Naturschutzpartei“ bekannt gegeben, daß sie zum Beginn der neuen Legislaturperiode von der Fraktion Fraktion Greens/EFA zur Fraktion der „Europäischen Volkspartei“ (EVP) wechseln wird.

Die EVP-Fraktion hat nach interner Beratung beschlossen, neben der Familienpartei auch die ÖDP - die Naturschutzpartei aufzunehmen. Hiermit ergebe sich Spielraum für eine werteorientierte Familienpolitik und eine ökologisch-bürgerliche Gestaltungsmehrheit.

Quelle: PE von MdEP Manuela Ripa (ÖDP - die Naturschutzpartei), 5.7.24

Wahlen in Frankreich

Frankreichs Präsident Macron löste nach den Verlusten seiner Allianz bei den Europawahlen das französische Parlament auf - und geht damit auf eine Forderung des Rassemblement National die rechtsnationale Partei "Reconquête" ("Wiedereroberung") ein, die die Abstimmung mit fast 40% klar gewonnen hatten. Beide Parteien werden von dem Le Pen-Clan geführt.

Das Macron-Lager erlebte die erwartete Wahlschlappe mit 15%.

Direkt dahinter konnten sich mit 14% die wiedererstarkten Sozialisten mit Spitzenkandidat Raphael Glucksmann platzieren.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/frankreich-neuwahlen-macron-100.html> Macron löst Parlament auf, Frankreich stehen Neuwahlen bevor, 10.6.24

Frankreichs Linksparteien haben sich nach schwierigen Verhandlungen auf einen rot-grünen Wahlpakt verständigt, um den Sieg des Rassemblement National zu verhindern. Die Kommunisten und die russlandfreundliche, propalästinensische Linkspartei La France Insoumise (LFI) sind auch in dem Bündnis. Man hat sich auf 5 Bedingungen geeinigt: ein Bekenntnis zu Waffenlieferungen an die Ukraine und zur Unterstützung des ukrainischen Widerstands. Außerdem hätten sich die Parteien auf eine fortgesetzte Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses geeinigt.

Viele jüdische Franzosen sind über den Antisemitismus beunruhigt, der bislang von den propalästinensischen Kräften befördert wurde.

Quelle: FAZ, 15.6.24 Linke Volksfront gegen Le Pen

neue EU-Fraktion der Rechtspopulisten

Im EU-Parlament wird es künftig eine neue Rechtsaußen-Fraktion geben. "Patrioten für Europa" soll sie heißen. Das kündigten die Chefs von Ungarns Fidesz-Partei, Österreichs FPÖ und Tschechiens ANO an.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/rechts-aussen-fraktion-eu-parlament-100.html> 30.6.24

Ukraine-Krieg

Auf einer Konferenz in Paris zur Ukraine am 26.2.24, auf der 20 Staaten weitere Hilfen für die Ukraine verabredeten, erklärte der französische Präsident zum Abschluss: "Es gibt heute keinen Konsens darüber, offiziell Bodentruppen zu entsenden. Aber in der Dynamik darf nichts ausgeschlossen werden. Wir werden alles tun, was nötig ist, damit Russland diesen Krieg nicht gewinnen kann." "Viele Menschen die heute ‚nie, nie‘, sagten, seien dieselben, die vor zwei Jahren sagten, ‚nie, nie Panzer, nie, nie Flugzeuge, nie, nie Raketen mit längerer Reichweite‘. Heute drehe sich die Diskussion darum, bei der Lieferung von Panzern und Raketen schneller und stärker zu werden. ‚Also ist alles möglich, wenn es hilfreich ist, um unser Ziel zu erreichen.‘" Frankreich war mit seiner Position isoliert gewesen. Die Oppositionsparteien in Frankreich reagierten mit Entsetzen. Kanzler Scholz und Verteidigungsminister Pistorius lehnten diese Position ab. Sie setzen auf die Unterstützung der USA. Macron wiederholte seine Forderungen im Mai 2024. Er mahnte, Europa müsse entschiedener handeln, um nicht zu sterben. Der ungarische Außenminister warnte vor einem drohenden Weltkrieg.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/macron-truppen-ukraine-100.html>
9.3.24

Gaza-Konflikt

Der Iran hat Israel direkt attackiert. Der Angriff konnte von Israel erfolgreich abgewehrt werden. Der Iran hat sich als Schutzmacht der Palästinenser installiert, um Zugriff auf den gesamten Raum zu haben. Dem Iran geht es dabei um die politische und militärische Hegemonie. Münkler führt die zunehmenden kriegerischen Konflikte in der Ukraine und im arabischen Raum auf die geringere Autorität der USA als Garant für Stabilität zurück. In den Augen des Kreml sei der Westen erschöpft und dekadent. Russland ist zudem ein strategischer Verbündeter des Iran und auf dessen Drohnenlieferungen angewiesen. Der Krieg in Gaza könne nur beendet werden, wenn in Gaza und im Westjordanland eine verlässliche Regierung gebildet werden kann, die ein Verhandlungspartner für Israel sein kann. Israel braucht arabische Staaten als Verbündete.

Der Vorwurf des Völkermordes gegen Israel ist zu einem Mittel der politischen Denunziation geworden. Die Hamas versteht ihren militärischen Arm nicht als Schutzschild der eigenen Bevölkerung. Mit der Geiselnahme hat man das noch einmal gesteigert, um Israel zu erpressen.

Quelle: NOZ-Interview mit Herfried Münkler zum Gaza-Konflikt

https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/herfried-muenkler-israel-sollte-auf-schlaege-gegen-iran-verzichten-46844872?utm_source=evalanche&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_Durchblick_OS&utm_content=29582763 19.4.24

Rabbiner Pinchas Goldschmidt

Der ehemalige Moskauer Oberrabbiner und Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz Pinchas Goldschmidt verließ 2022 Russland aus Protest gegen den Ukraine-Krieg. Er wurde von Putin bekämpft. Putin hatte versucht, ihn ab 2005 auszuweisen. Putin hat die Medien in Russland unter Kontrolle gebracht und systematisch die Gesellschaft gespalten. Putin will seit 2014 die Isolation und den Wiederaufbau der Sowjetunion, aber ohne Kommunismus. Rabbiner Goldschmidt rief zum Exil der Juden auf.

In Europa wird durch die Unterstützung der Hamas versucht, die Radikalisierung der Politik durch Extremisten zu unterstützen, um den Westen zu destabilisieren.

Quelle: <http://www.deutschlandfunk.de/zeitzeugen-im-gespraech-100.html> 25.7.24

WikiLeaks-Gründer Assange frei

Der aus britischer Haft entlassene Julian Assange stellte sich auf der US-Pazifikinsel Saipan vor Gericht und bekannte sich schuldig.

Er hat sich dort der Verschwörung zur unrechtmäßigen Beschaffung und Verbreitung von geheimen Unterlagen schuldig bekannt, da Assange eine Reise auf das Festland der USA ablehnt. Die Papiere enthielten brisante Informationen über die Kriege im Irak und in Afghanistan, unter anderem über die Tötung von Zivilisten und die Misshandlung von Gefangenen durch US-Militärangehörige.

Assange wurde nun zu 5 Jahren Haft verurteilt. Das entspricht der Zeitspanne, die der Whistleblower in London bereits in einem Hochsicherheitsgefängnis saß. Im Anschluss flog der 52-Jährige in seine australische Heimat weiter. Bei einer Verurteilung ohne eine Vereinbarung mit der Staatsanwaltschaft müßte Assange wegen Spionage mit bis zu 175 Jahre Haft rechnen.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/assange-flug-us-aussengebiet-100.html>
25.6.24

Atommüllendlager Asse undicht

Das marode Atomlager bei Wolfenbüttel soll eigentlich geräumt werden. Doch nun droht die Asse unkontrolliert mit Wasser vollzulaufen. In dem alten Salzbergwerk liegen in 13 Kammern rund 126.000 Fässer mit schwach und mittelradioaktivem Atommüll. Bisher war es gelungen, das von außen in den Salzstock eindringende Wasser, rund zwölf Kubikmeter pro Tag, praktisch komplett aufzufangen und an die Oberfläche zu bringen. Inzwischen aber läßt sich etwa die Hälfte davon nicht mehr aufhalten und verschwindet durch eine inzwischen undicht gewordene Folie, die das Wasser eigentlich aufhalten soll. Wenn sich der gefährliche Inhalt der teils aufgerissenen und verrosteten Fässer mit dem Wasser vermischt, verseucht es dann irgendwann das Grundwasser und die Gewässer in der Umgebung. Das strahlende Inventar besteht unter anderem aus 104 Tonnen Uran, 81 Tonnen Thorium sowie 29 Kilogramm Plutonium. Außerdem lagern dort Giftstoffe wie Arsen, Quecksilber und nicht mehr zugelassene Pestizide, die ebenfalls in der Asse "entsorgt" wurden. Die Fässer wurden nur anfangs ordentlich, also theoretisch rückholbar, in den Salzkammern aufgestapelt. Später kippte man die Fässer einfach ab und schüttete Salz darüber. Sie sind teils zerbeult und rosten vor sich hin. Der Bundestag hatte 2013 beschlossen, daß die 126.000 Asse-Fässer geborgen, an die Oberfläche befördert und neu endgelagert werden sollen.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/strom/die-asse-vor-dem-absaufen> 22.5.24

organische Solarzellen

Ein gefaltetes Lichtsammelsystem erhöht die Leistung organischer Solarzellen, wenn es nicht nur Teile, sondern das gesamte Spektrum des sichtbaren Lichts absorbieren kann. Dieses Prinzip nutzt auch die Natur. Dazu sind allerdings viele unterschiedliche Farbstoffe nötig, um die Energie des absorbierten Lichts zu gewinnen. Die Absorptionskoeffizienten organischer Farbstoffe sind besonders hoch. Das von der Uni Würzburg entwickelte System erreicht einen Wirkungs° von 38% über einen breiten Spektralbereich. Das ist höher, als bei PV-Modulen aus Silizium. Die 4 Farbstoffe für sich alleine schaffen dagegen weniger als 1 - 3%. Die richtige Kombination und räumliche Anordnung der Farbstoffmoleküle im System machen also einen großen Unterschied aus.

Quelle: <https://www.uni-wuerzburg.de/aktuelles/pressemitteilungen/single/news/lichtsammelantenne-urpb/> 6.7.24

Perowskit-Solarzellen

Weltweit arbeiten Forscher an der Einführung der Produktion der Perowskit-Photovoltaik. Etablierte PV-Firmen setzen heute fast nur noch auf Vakuumverfahren zur Abscheidung von hochqualitativen Dünnschichten. Mit Perowskit-Silizium-Tandemsolarzellen wurden im Labor Wirkungsgrade von mehr als 33% erreicht. Die Marktreife steht allerdings noch aus, denn bei der lösungsmittelbasierten Herstellung im Labor werden Tinten genutzt, in denen organische und anorganische Salze in einem Lösungsmittel gelöst werden. Diese Tinten können dann über verschiedene Drucktechniken auf der Oberfläche eines Substrats abgeschieden werden.

Im Gegensatz dazu verwendet die Industrie lieber vakuumbasierte trockene und lösungsmittelfreie Herstellungsverfahren, bei der die aufgetragenen Materialien auf der Substratoberfläche kondensieren. Das vakuumbasierte Produktionsverfahren verursacht etwas höhere Investitionskosten.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/perowskit-solarzellen-vakuumverfahren-kann-zur-marktreife-fuehren/> 21.2.24

Wasserstoff-Interesse in der Industrie

In einem White Paper des Wasserstoff-Leitprojekts TransHyDE der Fraunhofer IEG und Dechema e.V. wurde abgeschätzt, daß die Wasserstoffwirtschaft in der EU bis 2050 einen Mindestbedarf von 700 TWh Wasserstoff haben kann. Nach 2030 erwarten sie erhebliche Kostensenkungen bei grünen Energieträgern, doch würden diese nicht reichen, um Niedertemperatur-, Heiz- und Prozesswärme wirtschaftlich zu erzeugen. Vor allem die Stahlerzeugung und damit verbundene Hochtemperaturprozesse, sollen allein einen Bedarf von 200 bis 300 TWh Wasserstoff haben. Auch die Produktion von grünem Ammoniak oder hochwertigen Chemikalien benötige große Mengen an Wasserstoff. Zweitwichtigster Abnehmer von Wasserstoff sei das Transportwesen.

Importe aus Nicht-EU Ländern scheinen dann besonders wettbewerbsfähig zu sein, wenn sie an Pipelines (aus dem Mittleren Osten und Nordafrika) angebunden werden können. Importe von Wasserstoffderivaten oder Zwischenprodukten, wie Ammoniak oder Eisenschwamm seien voraussichtlich kostengünstiger als ihre Produktion in Europa. Blauer oder grauer Wasserstoff aus fossilem Erdgas schaden dem Klima und machen uns länger von fossilen Importen abhängig.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/energie/welche-infrastrukturen-benoetigt-die-wasserstoffwirtschaft-bis-2050/> 1.5.24

<https://www.ieg.fraunhofer.de/>

Forderung nach lokalen Preise für den deutschen Strommarkt

12 führende EnergieökonomInnen fordern lokale Preise im Strommarkt. Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften wollen dagegen die einheitliche Preiszone behalten - unabhängig davon, wo der Strom erzeugt oder verbraucht wird.

Tatsächlich werden Windparks abgeregelt und Gaskraftwerke im Süden hochfahren. Mehr als 3 Milliarden Euro hat das im vergangenen Jahr gekostet - finanziert von den Stromkunden über die Netzentgelte. Deutschland exportiert Strom nach Frankreich und die Schweiz, weil die Preise dort höher sind, aber kann den Strom gar nicht an die Grenze liefern - gleichzeitig importieren wir aufgrund des Preissignals Strom aus Schweden und Dänemark, obwohl die Leitungen in Niedersachsen bereits von der heimischen Produktion überfordert sind.

Der Strompreis an der Börse sollte dort höher sein, wo gerade hohe Nachfrage herrscht, und dort niedrig, wo in diesem Moment ein Überangebot vorliegt. Diese Verhältnisse ändern sich im Minutentakt. In Skandinavien und Italien gibt es schon jeweils mehrere

Preiszone. Gegen eine innerdeutsche Teilung des Strommarktes stemmen sich vor allem Bayern und Baden-Württemberg. Denn Haushalte und Industrie müßten dort dann höhere Strompreise zahlen. Gerade in Bayern wurde der Ausbau der Windkraft am massivsten von der CSU behindert.

In Regionen, in denen viel Wind- und Solarstrom erzeugt wird, ist der ökonomische Wert des Stroms in diesen Zeiten gering. Oft liegt er sogar bei null oder wird negativ, weil Strom im Überfluss vorhanden ist. Entsprechend niedrig wäre in diesen Regionen der Preis, der Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht bringen würde. Signalisiert die Politik, daß sie in Zukunft auf lokale Preise umschwenkt, werden Investoren an effizienten Standorten investieren.

Quelle:

https://www.cs.cit.tum.de/fileadmin/w00cfj/dss/files_bichler/20240709_Lokale_Preise_final.pdf (auch FAZ, 10.7.24)

Solarpaket

Größere PV-Dachanlagen, z.B. auf Gewerbedächern, werden jetzt besser gefördert. Für PV-Balkonmodule gibt es zahlreiche wichtige bürokratische Erleichterungen. Die Hürden, den Solarstrom an Mieter weiterzugeben, waren bisher kaum zu überwinden. Mit dem Solarpaket 1 können Vermieter nun Solaranlagen installieren und den Strom kostengünstig an ihre Mieter weitergeben, ohne den Verpflichtungen eines Energieversorgers zu unterliegen.

Für Freiflächenanlagen wurden Biodiversitätskriterien festgelegt, was zu einer Erhöhung der Artenvielfalt auf PV-Freiflächen führen wird. Agri-PV-Anlagen werden aber nur über das Ausschreibungssystem gefördert. Das führt zu Ausbaubeschränkungen und hoher Bürokratie. Auch die geothermische Stromerzeugung sollte besser gefördert werden.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/endlich-solarpaket-1-verabschiedet/> 8.5.24

Starlink-Satelliten

Die Zahl der Satelliten steigt rasant und das soll sich noch beschleunigen. Satelliten von Starlink/SpaceX könnten die Erholung der Ozonschicht gefährden und über Jahrzehnte für einen Abbau des Ozons in der Stratosphäre sorgen. Abstürzende Satelliten hinterlassen schon jetzt immer mehr Aluminiumoxid, das direkt für einen Abbau der Ozonschicht verantwortlich ist. Weil die Partikel die schädlichen Reaktionen in der Atmosphäre aber lediglich auslösen und dabei selbst erhalten bleiben, handelt es sich um eine anhaltende Gefahr, welche die erreichten Erfolge beim Schutz der Ozonschicht gefährdet. Allein zwischen 2016 und 2022 habe sich die Menge der gefährlichen Oxide in den Atmosphärenschichten verachtfacht.

Allein Starlink stellt aktuell etwa 6000 von 8100 aktiven Satelliten. Zum anderen kreisen die Satelliten, die die Erdoberfläche mit latenzarmen, schnellen Internetverbindungen versorgen sollen, in viel geringerer Höhe und verbleiben deshalb viel kürzer im Orbit. Das sorgt dafür, daß die viel zahlreicheren Satelliten auch viel schneller abstürzen und in der Atmosphäre verglühen, als das früher der Fall war.

Über 900 Tonnen Aluminium stürzen jedes Jahr über der Erde ab. Dadurch gelangen jährlich 360 Tonnen an Aluminiumoxid in die Atmosphäre. Das wäre mehr als das sechsfache der natürlichen Menge.

Quelle: [https://www.heise.de/news/Starlink-Co-Abstuerzende-Satelliten-als-grosse-Gefahr-fuer-die-Ozonschicht-9762283.html?](https://www.heise.de/news/Starlink-Co-Abstuerzende-Satelliten-als-grosse-Gefahr-fuer-die-Ozonschicht-9762283.html?utm_source=mastodon&wt_mc=sm.red.ho.mastodon.mastodon.md_beitraege.md_beitraege)

[utm_source=mastodon&wt_mc=sm.red.ho.mastodon.mastodon.md_beitraege.md_beitraege](https://www.heise.de/news/Starlink-Co-Abstuerzende-Satelliten-als-grosse-Gefahr-fuer-die-Ozonschicht-9762283.html?utm_source=mastodon&wt_mc=sm.red.ho.mastodon.mastodon.md_beitraege.md_beitraege)

Long Covid/CFS

Etwa 10% aller Menschen, die sich mit Sars-CoV-2 infiziert haben, entwickeln eine Long-Covid-Erkrankung. Halten Beschwerden länger als 3 Monate an oder treten zu diesem Zeitpunkt neu auf, sprechen Mediziner vom Post-Covid-Syndrom. Bisher fand man keine strukturellen Veränderungen des Gehirns, aber jetzt fand man bei den für die Immunabwehr im Gehirn zuständigen Mikroglia-Zellen winzige Knötchen, die nach einer solchen Infektion zurückbleiben. Dadurch wird vermutlich eine anhaltende Aktivierung des Immunsystems im Gehirn verursacht.

CFS tritt häufig bei chronisch-entzündlichen Erkrankungen auf wie zum Beispiel bei einer Infektion mit dem Epstein-Barr-Virus, das Pfeiffersches Drüsenfieber auslösen kann oder auch bei Influenza. Die Höhe der Viruslast bei der Akutinfektion scheint ebenso eine Rolle zu spielen wie eine Reaktivierung des Epstein-Barr-Virus, wenn es schon einmal eine Erkrankung ausgelöst hat, und ein niedriger Spiegel bestimmter Immunglobuline (Antikörper). Bei immerhin einem Viertel der Patienten wurde ein Mangel an Mannose-bindendem Lektin (MBL) festgestellt, ein Protein, das dabei hilft, Erreger zu neutralisieren. Bei etwa einem Viertel werden erhöhte Autoantikörper festgestellt, häufig solche, die sich gegen Stressrezeptoren richten, die über das Hormon Adrenalin unbewusste Körperfunktionen wie Atmung oder Herzschlag steuern.

Einig sind sich die Mediziner darin, daß Impfungen gegen das Coronavirus nicht nur vor schweren Krankheitsverläufen schützen, sondern auch vor Long Covid oder Post Covid. Die Impfung bringe eine etwa 50%-Minderung des Risikos, an Long Covid zu erkranken.

Quelle: <https://www.aerzteblatt.de/archiv/228319/Carmen-Scheibenbogen-Hoffnung-fuer-Long-COVID-Erkrankte>

<https://www.ndr.de/nachrichten/info/Corona-Podcast-Long-Covid-und-Post-Covid-ein-Riesenproblem.coronavirusupdate242.html> 12.4.22

<http://www.scinexx.de/news/medizin/corona-hinterlaesst-immunnarbe-im-gehirn/>

Die Abbauprodukte von Sars-CoV-2, der Virusschrott, der bei einer Infektion in großen Mengen anfällt, kann Entzündungsprozesse im Körper übermäßig anheizen. Drei verschiedene "kurze", aus etwa 30 Aminosäuren bestehende Proteinstücke (Peptide) ähneln antimikrobiellen Peptiden (AMP), die es in diesem Umfang bei anderen harmlosen Coronaviren nicht gibt. AMPs werden von menschlichen Zellen produziert, um mikrobielle Krankheitserreger abzutöten.

"Körpereigene Polypeptide, die meist in großer Menge in Epithelzellen gebildet werden und die sich zum Beispiel auf der Haut und im Darm finden. Die kleinen Moleküle können mikrobielle Pathogene in unterschiedlicher Art und Weise abtöten. Bei Säugetieren sind zwei wichtige Familien dieser AMP bekannt: Defensine und Cathelicidine."

Außerdem können sich die falschen AMPs mit doppelsträngiger RNA zu Komplexen verbinden. In einem Organismus, in dem sich gerade ein RNA-Virus wie das Coronavirus vermehrt, ist doppelsträngige RNA in größeren Mengen zu finden. Diese Komplexe sind nicht nur besonders stabil und können Wochen bis Monate im Körper überdauern. Sie sind auch in der Lage, eine molekulare Alarmglocke der angeborenen Immunabwehr, den sogenannten Toll-like-Rezeptor 3, zu aktivieren. Dadurch kommt es zur Ausschüttung von Entzündungs- und Immunbotenstoffen in Endothelzellen, die die Wände der Blutgefäße auskleiden, in Epithelzellen, die die Oberflächen von Organen begrenzen, und in Immunzellen.

Die am Virusabbau beteiligten Enzyme arbeiten vermutlich genetisch bedingt mit bis zu 50-fach unterschiedlicher Effizienz. So können bei einer Sars-CoV-2-Infektion besonders viele Mimikry-Peptide freigesetzt werden, wodurch Entzündungsprozesse und damit die

Symptome extrem stark anlaufen. Bei einem anderen Patienten geschieht dies dagegen kaum, weil die verantwortlichen Enzyme nur eine schwache Leistung erbringen. Wenn es gelänge, die Bildung solch langlebiger Komplexe von vornherein zu verhindern, ließen sich manche langwierigen Beschwerden nach einer Coronainfektion vermeiden. Auch bei Autoimmunerkrankungen wie der rheumatoiden Arthritis, Schuppenflechte oder Lupus spielen antimikrobielle Peptide eine ungute Rolle. Einige Symptome von Covid-19 oder Long Covid (wie Erschöpfungszustände, Muskel- und Gelenkschmerzen sowie Hautausschläge) erinnern an Autoimmunerkrankungen.
Quelle: Long Covid: Virusschrott von Sars-CoV-2 kann anhaltende Entzündungen auslösen, 14.2.24, RiffReporter.

Pandemie-Aufarbeitung

Lothar Wieler, der ehemalige Präsident des Robert-Koch-Instituts, kritisierte, daß in der Corona-Pandemie, das zentrale Entscheidungsgremium in der Pandemie die Ministerpräsidentenkonferenz in der Planung gar nicht existierte. Es gab keine festgelegten Regeln für Informationsflüsse. Jeder Ministerpräsident wählte sich relativ willkürlich einen eigenen Kreis von Beratern, ohne daß es einheitliche Qualifikationsstandards und Wahlregeln dafür gab. Es gab auch Menschen, die bewußt Fehlinformationen streuten.

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/interview-wieler-100.html> 22.3.24

Der Virologe Christian Drosten fordert einen umfassenden gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozess der Pandemie. Auf Grund der Kontaktverbote, Schulschließungen und Läden-schließungen wurden in der ersten Welle der Pandemie die Infektionsketten unterbrochen und die Ansteckungen verlangsamt. In Deutschland verstarben in der ersten Welle 9.000 Menschen. Drosten glaubt, daß es sonst 70.000 Tote (wie in GB) gewesen wären.

Im Winter gab es dann einen Teil-Lockdown, wo das Erwachsenen-Freizeitleben und die Geschäfte geschlossen waren, während jeder zur Arbeit ging, die Schulen waren offen, und wir hatten über lange Zeit täglich fast tausend Tote. Drosten: „Dieses Lockerlassen, das zu frühe Lockerlassen vor der Impfung, diese Lockdowns, die dienten ja dem Warten bis zur Impfung, daß man bis dahin die Vulnerablen in der Bevölkerung schützt, denn die können sich ja nicht selber schützen, und dann aber auf die Impfung umschwenkt. Das war sicherlich eine Sache, die in Deutschland falsch gelaufen ist, daß man nicht lange genug durchgehalten hat. Man hätte nur noch ein paar Wochen bis Monate länger konsequent sein müssen. Dann hätte man vielen Menschen das Leben gerettet.“ Letztlich sei es egal, wo man die Infektionszahlen begrenzt, Hauptsache die Gesamtzahl wird begrenzt.

In den Altenheimen sind viele einsame Tode gestorben worden. Man hatte die Idee, daß man das über Testung abriegelt. Das hat aber nicht wirklich mit der Testung funktioniert.

Quelle: <https://bilder.deutschlandfunk.de/2b/54/01/fd/2b5401fd-bf58-4382-8092-54c661ab2368/240322-corona-aufarbeitung-virologe-charite-christian-drosten-100.pdf>

22.3.24

Der Lungenarzt Dr. Thomas Voshaar aus NRW arbeitete zu Beginn der Pandemie im Krankenhaus Bethanien in Moers. Er zählte zum engen Beraterkreis von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn.

Wenn sich große Familien über mehrere Stunden in sehr engen Räumen getroffen, zusammen gegessen und geplaudert haben, dann hat das dazu geführt, daß diese Personen innerhalb von kurzer Zeit schwer krank wurden. Ursache war die hohe Viruslast

im Raum. Je größer die Menge an Viren, die man eingeatmet hatte, desto sicherer und meistens auch schwerer und schneller wurden die Menschen krank. Gestorben sind die meisten dann an der Beatmungsmaschine.

Nach dem Moerser Modell verzichtete man auf eine frühzeitige invasive Beatmung. Es war ein Fehler, alle Corona-Maßnahmen mit dem Schüren von Angst zu verbinden. Angst, Lobbyismus, Ideologie, Vorteilsnahme, Lagerbildung und tendenziöse Beratung haben zu Fehlern und Versäumnissen geführt.

Wir wußten, daß die Ansteckungsgefahr in kleinen Innenräumen groß war, es draußen aber praktisch überhaupt keine gab. Trotzdem gab es Einschränkungen auch für den Aufenthalt an der frischen Luft. Weder durch Masken noch durch Kontaktbeschränkungen kann man das Infektionsrisiko auf Null bringen. Trotzdem haben viele an die Null-Covid-Strategie geglaubt und sie verfolgt.

Eine tatsächlich durchgemachte Infektion bietet einen besseren, einen breiteren und vor allem länger anhaltenden Schutz als jede Impfung. Nach zwei Impfungen muß sich das Immunsystem an neue Varianten anpassen, um den sicheren endemischen Zustand zu erreichen.

Wir haben all das, was wir getan haben, nicht wissenschaftlich begleitet. Wir haben nicht beobachtet, was passiert, wenn wir diese oder jene Maßnahme verhängen. Wir haben für Milliarden Euro Impfstoffe gekauft, aber wir haben keine begleitenden Beobachtungsstudien aufgesetzt. Es war Hendrik Streeck praktisch als Einzelperson, der genau geschaut hat, wie das mit den Antikörpern ist.

Es gibt jetzt große Studien, denen zufolge die Impfung weniger gebracht hat, als man bislang angenommen hat. Es gibt zudem eine aktuell publizierte multinationale Kohortenstudie mit fast 100 Millionen Geimpften. Demnach treten nach der Impfung Nebenwirkungen häufiger auf als bislang angenommen. Aber der allgemeine Tenor war, daß es keine Nebenwirkungen gibt - ohne das wissen zu können. Die Impfung war wahrscheinlich unsere Rettung, aber es wurde versäumt, in begleitende Kohortenstudien zu investieren, um zu untersuchen, wie der Verlauf bei geimpften und bei ungeimpften Menschen ist. Konkret stellt sich die Frage der absoluten Risikoreduktion in bestimmten Altersgruppen.

Neben den offenen Fragen zu der tatsächlichen Wirkung der mRNA-Impfstoffe und der Häufigkeit von Nebenwirkungen gibt es einen dritten Punkt, der wissenschaftlich aufgearbeitet werden muß. Es gibt aus verschiedenen Ländern und Laboren Hinweise, daß der mRNA-Impfstoff mit DNA verunreinigt ist. Das liegt am Herstellungsprozeß. Der ist bei der Firma Pfizer nach der Zulassung des Impfstoffes wohl für die Großproduktion geändert worden. Es gibt sogar von der WHO eine Spezifikation für den Impfstoff, die festlegt, wie viel DNA als Verunreinigung noch akzeptabel ist. Diese Menge wird offensichtlich häufiger überschritten. Ob das eine Gefahr für den Organismus darstellt oder nicht, wissen wir nicht. Das Problem ist aber eben unser Nicht-Wissen. Da die DNA-Bruchstücke ebenso wie die mRNA in Nanolipide sozusagen verpackt sind, können sie auch in die Zellen gelangen, wohl auch in die Zellkerne. Es gibt noch weitere neue Informationen zum Herstellungsprozess und die gezielten Programmierungen auf der Plasmid-DNA, die ja als Matrize für die mRNA-Herstellung dient. Diese Informationen kommen jetzt so stückchenweise an die Öffentlichkeit, was zunächst einmal Besorgnis auslöst. Das muß alles thematisiert und sorgfältig untersucht werden. Impfungen an sich dürfen nicht diskreditiert werden.

Das RKI hat in der Vergangenheit auch die Impfung für Kinder empfohlen. Das ist rückblickend überflüssig gewesen. Man ist bei der Empfehlung für ältere Menschen geblieben. Es fehlen überall valide Daten. Sie werden ersetzt durch eine übermächtige Meinung.

Quelle: <https://www.wa.de/nordrhein-westfalen/corona-impfungen-katastrophale-fehleinschaetzung-auffrischung-lungenarzt-thomas-voshaar-moerser-modell-zr-92880707.html> 16.3.24

RKI-Files

Die Protokolle des Corona-Krisenstabs des Robert Koch-Instituts sollten geheim bleiben. Journalisten haben die Unterlagen freigelegt und veröffentlicht.

Quelle: <https://www.nordkurier.de/politik/rki-files-der-tag-der-deutschland-fuer-immer-veraenderte-2372445> 23.3.24

Am 17.3.20 wurde die Risikoeinschätzung für die Gesundheit der Deutschen in Zusammenhang mit dem sich ausbreitenden Corona-Virus von „mäßig“ auf „hoch“ heraufgesetzt. Die Hochstufung der Risikoeinschätzung war, wie sich bald zeigen sollte, das rechtliche Fundament sämtlicher Corona-Maßnahmen. Alle Gerichte, die Klagen von Betroffenen gegen die Maßnahmen ablehnten, beriefen sich in der Folge darauf. Zwar sind viele Passagen geschwärzt, doch es ist erkennbar, wer in letzter Instanz das Sagen darüber hatte, welche Erkenntnisse des RKI der Öffentlichkeit mitgeteilt wurden und welche warum geheim gehalten wurden.

Die Behauptung, das RKI habe die Hochstufung - und damit die Grundlage für Lockdown und Ausnahmezustand - auf Basis wissenschaftlicher Beratungen getroffen, ist nicht länger haltbar. Die Hochstufung erfolgte abrupt, ohne dokumentierten Diskussions- und Beratungsprozess, auf Anweisung eines ungenannten Akteurs.“

Quelle: [https://my.hidrive.com/share/2-hpbu3.3u#\\$/](https://my.hidrive.com/share/2-hpbu3.3u#$/)

"Während der Pandemie haben Wissenschaftler schon früh eine fehlende Kohorteninfrastruktur bemängelt", sagt Hendrik Streeck, Chef-Virologe der Universität Bonn und Mitglied des aufgelösten Corona-Expertenrates der Bundesregierung: "Unser Monitoringsystem ist sehr schlecht, dabei sollten gute Daten gerade in einer Pandemie eine Hauptsäule des Pandemiemanagements sein." Bis heute gebe es auch bei Long Covid, den Langzeitfolgen, "viel zu wenige systematische Daten" - etwa zu der Frage, welche Therapien bei wem funktionierten.

"Auch in meiner Wahrnehmung waren Datenerhebung und Kommunikation bei Pandemie und Impfkampagne nicht optimal", meint Friedemann Weber, Direktor der Virologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen. So wäre es "gut gewesen, wenn das Robert-Koch-Institut (RKI) gleich zu Beginn der Pandemie eigene Untersuchungen zur Fallsterblichkeit gemacht hätte".

Schon im Jahr 2013 gab es im RKI konkrete Überlegungen, eine dauerhafte Kohorte einzurichten, um gesundheitliche Entwicklungen in der Bevölkerung fundiert beobachten zu können. Im damals FDP-, später dann CDU-geführten Gesundheitsministerium aber stieß das auf Ablehnung. Die nötige Finanzierung fehlte. Die Wissenschaftler am RKI gaben das Vorhaben aber nie auf.

Im Dezember 2021 lag RKI-intern ein detailliertes Konzept vor. Es sollte die Strukturen und Aufgaben der "Abteilung 2" des staatlichen Instituts, zuständig für "Epidemiologie und Gesundheitsmonitoring", neu ordnen. Und es enthielt einen konkreten Plan für ein "RKI-Panel". Das Konzept wurde durch den wissenschaftlichen Beirat des Instituts beraten und verbessert, schließlich fand es offenbar auch die Zustimmung des damaligen RKI-Chefs Lothar Wieler.

Im März 2022 war alles fertig. Das Bundesgesundheitsministerium lehnte das Konzept nicht ab, stellte zunächst aber nur eine teilweise Finanzierung in Aussicht. Erst in diesem Jahr soll das Panel nun endlich starten. Unter dem Titel "Gesundheit in Deutschland" hat

das RKI die Suche nach 30.000 Studienteilnehmenden gerade begonnen. Mit ihrer Hilfe sollen "kontinuierlich epidemiologische Daten zum Gesundheitszustand der Bevölkerung" erhoben werden, erklärt eine Sprecherin des Instituts. Zusätzlich seien "sogenannte Ad-hoc-Studien möglich, mit denen - auch im Fall einer Pandemie - aktuelle Fragestellungen beantwortet werden können."

Neben dem neuen Abwassermonitoring, bei dem Proben aus dem Zulauf zu Kläranlagen auf Krankheitserreger untersucht werden, wäre es ein zweiter Schritt, um die Datenlage zu verbessern. Bis diese Kohorte im Falle einer neuen Pandemie für drängende Fragen nutzbar wäre, wird es allerdings noch dauern.

Während das RKI sein Panel vorbereitet, treibt Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) andere Pläne voran: Er schickt sich an, die Behördenstrukturen im Gesundheitsbereich grundlegend umzukrempeln. Das RKI will der SPD-Politiker künftig auf den Infektionsschutz beschränken. Mit Diabetes, Übergewicht und der Ernährung von Kindern soll es sich nicht länger beschäftigen - für die sogenannten nicht-übertragbaren Krankheiten will Lauterbach eine neue Behörde einrichten, das Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM).

Post Covid ist eine nicht-übertragbare Krankheit infolge einer übertragbaren Krankheit. Nach dem Stand der Planungen wären die Zuständigkeiten künftig geteilt: Das RKI wäre für Covid-19-Erkrankungen verantwortlich, das neue BIPAM für die Langzeitfolgen. Es wäre sinnvoll, beides in einer Hand zu haben und damit auch die Bewertung von Maßnahmen mit Blick auf akute Infektionen und Langzeitfolgen gemeinsam vorzunehmen. Die Leitungen beider Institutionen werden sich laufend eng abstimmen müssen, das ist wenig effizient.

Lauterbach will das neue BIPAM die BZgA mitsamt ihren Aufgaben einverleiben. Die Aufklärungsarbeit zum Infektionsschutz könnte also weiter zweigeteilt bleiben. Die für das Panel zuständige "Abteilung 2" des Instituts, soll ins BIPAM verschoben werden. Die Frage ist nur: Wie gut wird das Panel im Pandemiefall für akute Fragen zum Infektionsgeschehen nutzbar sein, wenn es in den Händen einer Behörde liegt, die mit dem Infektionsgeschehen nichts zu tun hat. "Die Chance, aus der Pandemie zu lernen, wurde nicht genutzt", kritisiert Virologe Streeck.

Bisher muß das RKI für jede zusätzliche Forschung einen Antrag beim Ministerium stellen. Das Institut braucht eine Eingreiftruppe, die schnell vor Ort sein kann und dann auch die rechtliche Befugnis hat, dort Untersuchungen zu machen", sagt Streeck.

Von Lauterbachs Reform unberührt bliebe das staatliche Paul-Ehrlich-Institut (PEI), dem die Kontrolle der Impfstoffe obliegt. Inoffiziell ist immer wieder zu hören, daß das PEI mit seinen Prüfungen überfordert, sein Personal überlastet war. Wissenschaftler kritisieren, daß das Institut selbst keine aussagekräftigen Beobachtungsstudien zu den Impfstoffauswirkungen initiiert habe - und daß durch diese Datenlücke der Raum für Spekulationen und Verschwörungen größer wurde.

Um eine künftige Krisensituation bewältigen zu können, sieht sich das PEI offenbar zu engen Kooperationen mit jenen Unternehmen gezwungen, die die Behörde kontrollieren muß. Auch bei der Frage nach einer umfassenderen Datenerhebung zu den Auswirkungen der Impfung verweist das PEI auf die Impfstofffirmen: Diese hätten sich verpflichtet, "Studien zur Sicherheit der Impfstoffe bei der Anwendung in der klinischen Routine" durchzuführen. Die Behörde hingegen erfasste die ihr gemeldeten Verdachtsfälle auf Nebenwirkungen - und betont: Diese stünden im "im Einklang mit den Ergebnissen weltweit erhobener Daten".

Quelle: Deutschlands größte Fehler in der Pandemie von Martin Rücker (RiffReporter), 14.2.24

Nanoplastik

Nanoplastik ist besonders toxisch, weil es noch leichter und tiefer in den menschlichen Körper eindringen kann. Ob im Gehirn, in Handcremes oder Kaugummi: Plastik ist überall. Auch im Wasser aus Plastikflaschen tummeln sich unzählige Kunststoffteilchen. Demnach kann das Flaschenwasser mehr als 200.000 Nanoplastikpartikel pro Liter enthalten. Das ist zehn- bis hundertmal mehr als nach früheren, primär auf größere Mikropartikel ausgerichteten Schätzungen.

Anders als erwartet bestand der Großteil der detektierten Nanoteilchen nicht aus PET (Polyethylenterephthalat) - obwohl die untersuchten Wasserflaschen aus diesem Stoff hergestellt sind. Den Hauptanteil des Nanoplastiks machte vielmehr Polyamid aus. Dieser Kunststoff gelange vermutlich durch die Wasseraufbereitung und Filterung in das Wasser, da an dieser Stelle oft Plastikmembranen zum Einsatz kommen, so die Forschenden.

Quelle: <https://www.n-tv.de/wissen/Unmengen-an-Nanoplastik-verunreinigen-Flaschenwasser-article24649072.html> 9.1.24

bayerisches Familiengeld

In Bayern bekommen junge Familien eine besondere Leistung, aber nicht jede Familie bekommt gleich viel. Die Sache landet jetzt vor Gericht - ein anderes EU-Land hat ein ähnliches Problem.

Wegen mutmaßlich diskriminierender Familienleistungen in Bayern will die EU-Kommission Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verklagen. Konkret geht es um Unterstützungsleistungen für Familien mit kleinen Kindern in Bayern, das sogenannte bayerische Familiengeld. Es wird unabhängig vom Einkommen, der Erwerbstätigkeit und der Art der Betreuung gezahlt.

EU-Staatsangehörige, deren Kinder in einem Mitgliedstaat leben, in dem die Lebenshaltungskosten geringer sind als in Bayern, bekommen jedoch niedrigere Leistungen. Darin sieht die EU-Kommission eine Diskriminierung von mobilen Beschäftigten und einen Verstoß gegen das EU-Recht zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit. Die Kommission hatte bereits ihre Kritik daran zum Ausdruck gebracht. Da Deutschland die Bedenken noch immer nicht ausreichend ausgeräumt habe, habe sie nun beschlossen, den Fall an den EuGH zu verweisen, teilte die Behörde mit. Wenn die Bundesrepublik in diesem Streit nicht einlenkt, wird es ein Verfahren vor dem EuGH geben. Wenn die Kommission Recht bekommt, muß Deutschland mit einer hohen Geldstrafe rechnen. Der EuGH hatte im Juni 2022 entschieden, daß eine ähnliche Regelung in Österreich gegen EU-Recht verstoße.

Die EU-Kommission will in einem ähnlichen Fall Italien verklagen. Dort wurde laut Brüsseler Behörde vor etwa zwei Jahren eine Familienleistung für unterhaltsberechtigter Kinder eingeführt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht seit mindestens zwei Jahren in Italien wohnten oder deren Kinder in einem anderen Land lebten, hätten aber keinen Anspruch darauf. Nach Auffassung der Kommission verstößt auch diese Regelung gegen EU-Recht.

Quelle: https://www.focus.de/politik/deutschland/wohl-diskriminierend-eu-kommission-will-deutschland-verklagen-wegen-bayerischem-familiengeld_id_260169964.html 25.7.24

Die deutsche Landwirtschaft

Fehlender Nachwuchs, Ernteauffälle infolge des Klimawandels - die Landwirtschaft ringt um ihre Zukunft. In Deutschland sinkt die Zahl der Höfe kontinuierlich. In weniger als 20 Jahren wird es nur noch etwa 100.000 landwirtschaftliche Betriebe geben. Vor knapp 50 Jahren gab es fast eine Million Höfe, im vergangenen Jahr waren es nur noch rund

255.000. Die Zahl der Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei ist von mehr als einer Million auf etwa 550.000 gesunken. Es zeichnet sich auch eine Akademisierung des Berufs ab.

Der Strukturwandel wurde durch steigende Löhne und dem Einsatz von immer besserer Maschinen erzielt. Oft würden die Flächen an die benachbarten Betriebe übergeben, die dadurch wachsen. Die DZ-Bank rechnet damit, daß sich die Durchschnittsgröße eines Betriebs bis zum Jahr 2040 von 64,8 ha auf 160 ha mehr als verdoppeln wird.

Erstmals seit 30 Jahren ist die Zahl der Biohöfe in Deutschland gesunken. Im Jahr 2023 wirtschafteten 36.680 Betriebe ökologisch. Die Einführung einer neuen europäischen Agrarförderung bringt für Biobetriebe deutlich mehr Bürokratie. Ein kleines Marktsegment ist anfälliger für Preiskrisen. Die Preise für Biomilch hat sich immer mehr dem konventionellen Milchpreis angenähert. Dabei sind die Kosten bei Bio deutlich höher, vor allem für das Futter. Viele Bioprodukte werden im Discounter als Massenprodukte verkauft. Bis 2030 soll ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet werden. Derzeit liegt der Anteil bei 11,4%, das sind 0,2% mehr als 2022. Ob das klappt, hängt nicht zuletzt von den Verbrauchern ab. Die müssen für Bio nach wie vor tiefer in die Tasche greifen.

Zwischen 1990 und 2022 sank der Selbstversorgungs° um 12%. Nach der Wiedervereinigung habe es einen Rückgang in der Versorgung mit inländischer Produktion gegeben. In den vergangenen 20 Jahren sei der Anteil jedoch weitgehend stabil geblieben und zudem die Bevölkerung gewachsen. Mehr als 2 Mio t Kartoffeln wurden im vergangenen Jahr exportiert. Vor allem Obst und Gemüse könnten in Zukunft mehr aus dem Ausland kommen. Obst und Gemüse sind sehr arbeitsintensive Produkte. Außerdem habe es Probleme beim Arbeitsschutz gegeben.

Der Krieg in der Ukraine, die Inflation, die Folgen der Pandemie, der Klimawandel - viele Landwirte beklagen fehlende Planungssicherheit.

Quelle: Wie steht es um die Zukunft der Landwirtschaft? FAZ, 15.7.24

AbL zur Tierhaltung

Die Tierhaltung liefert im Durchschnitt 60% der Gesamterlöse der Einkommen der Bauern. Bei den Milchbetrieben ist seit Kurzem die Kostendeckungsgrenze annähernd erreicht. Allerdings fehlt jeglicher politische Rahmen, daß dies mittel- und langfristig auch so bleibt. Besonders für Verunsicherung sorgt, daß der Biomilchpreis unter dem konventionellen Milchpreis liegt.

Die schweinehaltenden Betriebe hingegen befinden sich wirtschaftlich im anhaltenden Krisenmodus. Die Kosten sind anhaltend hoch und die Erzeuger machen Verluste.

Deshalb geben die tierhaltenden Betriebe seit Jahren reihenweise auf.

Seit 2012 ist die Zahl der Betriebe um gut 40% (12.400 Betriebe) gesunken, es gibt rund 20% weniger Schweine. Das zeigt, daß die Zahl der Betriebe schneller sinkt als die Zahl der Tiere. Damit einher geht eine Konzentration der Tiere in größeren Betrieben.

2021 sanken die Schweinebestände im Vergleich zu 2020 um gut 9%. In der Milchviehhaltung haben sich innerhalb einer Dekade die Bestände um 5% reduziert.

Fleischimporte kommen in die EU zu niedrigen Standards und extrem billigen Preisen. Der gesamte Pro Kopf-Fleischverbrauch ist von 2016 bis 2021 um 9% gesunken, der Pro-Kopf-Verbrauch von Schweinefleisch ist um gut 13% zurückgegangen, wohin gegen der Konsum von Geflügelfleisch gestiegen ist. Gleichzeitig erleben wir in Deutschland aktuell Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln von im Schnitt knapp 20%.

Lange war Gülle eher ein „Überschussprodukt“, was ihrem eigentlichen Wert nicht entspricht. Aktuell gewinnt sie, weil die Preise für Mineraldünger so hoch sind, wieder an

Wert. Eine rein mineralische Düngung, wie sie auf reinen Ackerbaubetrieben ohne Tierhaltung teils anzutreffen ist, ist aus verschiedenen Gründen in Frage zu stellen. Mit einem Anteil von 1-3% am weltweiten Energiebedarf ist die Herstellung von Mineraldünger einer der größten industriellen Energieverbraucher. Pro Tonne produziertem Dünger entstehen 2 Tonnen CO₂. Die mit der Stickstoffdüngung verbundene Lachgasemission aus dem Boden ist zudem ebenfalls klimaschädlich. Gleichzeitig besteht das Problem der Stickstoffüberschüsse. Diese belasten das Grundwasser mit Nitrat und verursachen Emissionen. Im Jahr 2020 lag der Bundesdurchschnitt der Stickstoffüberschüsse bei rund 80 kg/ha landwirtschaftlich genutzter Fläche, diese müssen laut deutscher Nachhaltigkeitsstrategie in den nächsten Jahren auf 70 kg/ha sinken. Zudem müssen die Vorgaben der EU-Richtlinie zur Reinhaltung der Luft zur Senkung der Ammoniakemissionen erfüllt werden.

Die Konzentration der Betriebe mit intensiver Tierhaltung, u.a. im Nordwesten Deutschlands, wurde in diese Spezialisierung gedrängt. So haben von den 9.112 deutschen Gemeinden nur rund 290 einen Viehbesatz von mehr als 2 Großvieheinheiten pro Hektar auf Gemeindeebene, davon die meisten in den Intensiv-Gebieten wie Nordwest Niedersachsen und Teile von Bayern. In diesen Regionen ist ein Abstocken grundsätzlich zielführend, auch hierfür kann die Stoffstrombilanz ein Instrument sein. Die im Bundesimmissionsschutzgesetz genannte Grenze, ab der Betriebe als gewerblich im Steuerrecht gelten, ist ein geeigneter Anhaltspunkt nach Ansicht der AbL: 1.500 Mastschweine, 560 Sauenplätze, 600 Rinder, 15.000 Hennen und 30.000 Mastgeflügelplätze. Verbunden mit einer wirtschaftlichen Perspektive sind die Obergrenzen etwa beim NEULAND Programm für artgerechte und umweltschonende Nutztierhaltung, das die AbL mitgegründet hat, noch niedriger. Hier betragen die Obergrenzen pro Betrieb aktuell 950 Schweinemastplätze, 150 Sauen, 350 Mutterkühe und 350 Rindermastplätze, 9.000 Legehennen und 14.400 Hähnchenmastplätze. Dauergrünland und Weiden bilden einen globalen großen Kohlenstoffspeicher. Unter Dauergrünland finden sich im Oberboden bis zu 150 Gramm organischer Kohlenstoff/kg Boden. Dies ist das Vielfache der Gehalte von Ackerböden (7,5 bis 20 g Kohlenstoff/kg). Weiter sinken durch Weidehaltung die Ammoniakemissionen. Diese entstehen unter anderem, wenn Kot und Harn verrührt werden, beispielsweise im Güllelager. Auf der Weide hingegen versickert der Harn direkt und vermischt sich nicht mit dem Kot. Dieser wiederum bietet auf der Weide Insekten und Vögeln eine wichtige Nahrungsgrundlage und ist somit ein Beitrag zum Erhalt der Biodiversität.

Die Weidehaltung ist jedoch zunehmend gefährdet durch die akute Dürre und politisch muß der Trockenheit durch besseres Wassermanagement entgegengewirkt werden. Die Dürren der letzten Jahre - und auch dieses Jahr - zeigen mehr als deutlich, wie sehr die Folgen der Klimakrise die Landwirtschaft weltweit, aber auch hier in Deutschland trifft. Laut Klimaschutzgesetz muß Deutschland seine Emissionen schrittweise reduzieren und 2045 klimaneutral sein. Die Gesamtemissionen von Deutschland betragen 2021 rund 762 Mio t CO₂-Äquivalente, bis ins Jahr 2045 müssen diese Emissionen auf insgesamt 37,5 Mio t CO₂-Äquivalente reduziert werden. Dies entspricht etwa den derzeitigen Emissionen allein aus der Tierhaltung.

Als größte Hebel werden in der Regel die Wiedervernässung der Moore, die Reduktion von Stickstoffüberschüssen und die Reduzierung der Tierbestände genannt. Im Jahr 2021 emittierte der Landwirtschaftssektor 61 Mio t CO₂-Äquivalente, dies entspricht rund 9% der deutschen Emissionen. Von diesen 61 Mio t CO₂-Äquivalenten sind rund 38 Mio der Tierhaltung zuzuordnen. Davon wiederum sind 23 Mio t CO₂-Äquivalente auf das von Wiederkäuern ausgestoßene Methan zurückzuführen und rund 9 Mio t CO₂-Äquivalente

auf die Emissionen des Wirtschaftsdüngers. Dazu kommen weitere Emissionen etwa für die Düngung von Futtermitteln oder für deren Import.

Die Sojaimporte werden in der deutschen Klimabilanz gar nicht berücksichtigt. Dabei verursacht ein Kilogramm Sojafuttermittel aus Brasilien von gerodeten Flächen rund 8,2 kg CO₂-Äquivalente, während ein Kilogramm Sojafuttermittel aus deutschem Anbau lediglich rund 1,6 kg CO₂-Äquivalente verursacht. Rapsextraktionsschrot aus Deutschland verursacht pro kg Futtermittel rund 0,5 kg CO₂-Äquivalente.

Eine möglichst umfassende und vielfältige Selbstversorgung macht arme Länder deutlich krisenfester und unabhängiger etwa von Getreideimporten.

Nicht hinnehmbar ist, daß Deutschland mit den Sojaimporten etwa 2,6 Mio ha Flächen außerhalb der EU belegt. 60% des in Deutschland angebauten Getreides wird als Tierfutter genutzt, es ist andererseits auch nicht alles davon als Backgetreide nutzbar. Der gesamte Winterweizenanbau in Deutschland beträgt rund 22 Mio t. Der Deutsche Bauernverband schätzt, daß etwa 4 Mio t des Futterweizens „voll doppelnutzungsfähig“ seien, während Berechnungen der Uni Hohenheim den Anteil des verfütterten und eigentlich backfähigen Weizens deutlich höher ansetzen .

Global sind rund zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche Dauergrünland, ein Großteil ist auch nur als solches nutzbar. Für die Nutzung dieser Fläche braucht es die Wiederkäuer. Diese prägt die Besonderheit, daß sie für den Klimaschutz wertvolles Grünland in Lebensmittel umwandeln können.

Schätzungen zufolge entstehen bei der Herstellung von 1 kg pflanzlichen Lebensmittel wie Brot im Durchschnitt etwa 4 kg nicht-essbare Biomasse. Nur durch Nutztiere kann die in diesen Nebenprodukten enthaltene Energie in für Menschen nutzbares Protein umgebaut werden, was somit eine höchst sinnvolle Verwertung darstellt.

Die Landwirtschaft wird bis 2045 die Emissionen etwa halbieren müssen. Das wird auch in hohem Maße die Tierhaltung betreffen, es wird eine Reduktion der Nutztiere geben müssen.

Die Borchert-Kommission zeigt in ihren Empfehlungen einen Weg auf, der zu deutlich mehr Tierwohl in der gesamten Tierhaltung führt. Bäuerinnen und Bauern erhalten klare Ziele, Entwicklungschancen, Bestandsschutz und wirtschaftlich langfristige Perspektiven, indem den Betrieben Umbau- und laufende Kosten finanziert werden. Die Politik darf in der Umsetzung nicht dahinter zurückfallen, sondern muß die Empfehlungen mit dem Baurecht zusammen weiterentwickeln und umsetzen. Die Bestandsobergrenzen angelehnt an das Bundesimmissionsschutzgesetz müssen die Orientierung für eine zukunftsfeste und klimagerechte Tierhaltung sein.

Mit der Einführung einer verbindlichen Stoffstrombilanz lassen sich Stickstoffüberschüsse gezielt senken, daher ist eine für alle Betriebe verbindliche Stoffstrombilanz einzuführen.

Die GAP ist das wichtigste Förder- und Lenkungsinstrument der EU-Agrarpolitik. Der Umbau der Tierhaltung läßt sich aufgrund der reinen Flächenförderung der Direktzahlungen der 1. Säule in der GAP bisher nicht zielgenau fördern. Es ist daher notwendig, daß Deutschland die bereits jetzt gegebene Möglichkeit der qualifizierten Förderung von Großvieheinheiten schnellstmöglich nutzt und zielgerichtet umsetzt. Zudem ist eine Honorierung von Weidemilchkühen sowie von Betrieben, die die ihre Stickstoffdüngung über den gesetzlichen Standard hinaus reduzieren, einzuführen.

Eine zukunftsfeste und klimagerechte Tierhaltung und Landwirtschaft braucht eine Abkehr von Sojaimporten. Entsprechend muß die europäische Eiweißversorgung durch bäuerliche Betriebe und in regionalen Wertschöpfungskreisläufen gestärkt werden. Dafür braucht es gentechnikfreie Vielfalt ohne Patente und eine Diversifizierung der Kulturen.

Ein fairer und qualifizierter Welthandel ist für die Landwirtschaft hier und für die Hungerbekämpfung weltweit notwendig. Für einen sozialen und klimagerechten

Welthandel ist der qualifizierte Marktzugang einzuführen. Dadurch können Ökodumping und Preisdumping vermieden werden. Die Tierschutz-Standards müssen eingehalten werden.

Quelle: AbL-Positionspapier „Tierhaltung und viele Höfe, für eine zukunftsfähige, klimagerechte Landwirtschaft“ (10/22)

Gene-Drives für Pflanzen

Forschern in den USA und in China ist es gelungen, sogenannte Gene-Drives zu entwickeln. Derartige Gene-Drives wurden bereits für die Manipulation von Hefepilzen (2015), Insekten (2015) und Säugetieren (2019) entwickelt. Nach aktuellen Publikationen in der Zeitschrift Nature Plants gelang es Teams in den USA und China jetzt, Gene-Drives an Pflanzen zu entwickeln und zu testen. Gene-Drives ermöglichen eine schnellere Ausbreitung künstlicher Genkonstrukte, als dies bei normaler Vererbung der Fall ist. Ziel ist es, natürliche Populationen zu verändern. In den Experimenten wurde demonstriert, daß sich die synthetischen Genkonstrukte tatsächlich rasch in einer Population ausbreiten und die natürlichen Pflanzen verdrängen können. Grundlage der Gene-Drive-Verfahren ist die Gen-Schere CRISPR/Cas. Im vorliegenden Fall schaltet sie natürliche Gene aus, die für die Bildung von männlichen Pollen und/oder weiblichen Eizellen und damit für die Fortpflanzung der Pflanzen unverzichtbar sind. Das Team aus den USA nennt das Verfahren deswegen ‚Keimzellen-Killer‘. Zudem wurde bei den Experimenten ein Gen eingeführt, das nur den gentechnisch veränderten Pflanzen das Überleben ermöglicht. Mit jeder weiteren Generation stieg so der Anteil der Gentechnik-Pflanzen in den Testpopulationen. Würden derartige Pflanzen freigesetzt, könnte der Gene-Drive auf dem Acker oder allgemein in der Umwelt in Gang gesetzt werden, ohne weitere Eingriffsmöglichkeiten. Die Schäden an der Artenvielfalt können irreversibel sein. Die beteiligten Forschungsteams sind der Ansicht, daß die Verfahren trotzdem eingesetzt werden könnten. Dagegen befürwortet Testbiotech ein Verbot der Freisetzung von Gentechnik-Organismen, die zum Ziel haben, natürliche Populationen zu verändern.

Quelle: <http://39968.seu1.cleverreach.com/m/8345889/504386-69e409ce122c65b370efbbb46c4739140345ff7fb25db2e8292c880391882a6a4b0f2b602334f90ed1a4c881086fbea0> 25.7.24

EU-Parlament stimmte über neue Gentechnik ab

Das EU-Parlament hat mit 307 zu 263 Stimmen final über den Gesetzesvorschlag der EU-Kommission zu genmanipulierten Pflanzen (NGT) abgestimmt. Eine Mehrheit aus der rechtspopulistischen, christdemokratischen und liberalen Fraktion sorgte dafür, daß der Bericht angenommen wurde.

Manuela Ripa MdEP (ÖDP): „Es ist ein regelrechter Skandal, wie diese Reform über neue Gentechnik im Eilverfahren durchgedrückt wurde – ohne ausreichende Befassung in den Ausschüssen. Hier wurden ganz klar Konzerninteressen in den Vordergrund gerückt, ohne Rücksicht auf unsere Natur. Daher habe ich klar gegen das Gesetz und die damit einhergehende Deregulierung gestimmt!“

Mit dem neuen NGT-Gesetz könnten Pflanzen mit neuen, veränderten Eigenschaften ohne spezifische Risikobewertung und ohne Umweltfolgenabschätzung in die Ökosysteme gelangen. Die Kennzeichnung von genveränderten Lebensmitteln aus NGT-Pflanzen und die Nachverfolgbarkeit soll weiter bestehen bleiben. Laut einer Forsa-Umfrage vom September letzten Jahres möchten 96% der Deutschen, daß alle NGT-Pflanzen ausnahmslos einer Risikoprüfung unterzogen werden.

Die EU-Agrarminister konnten sich im Dezember 2023 auf keine gemeinsame Position einigen. In den kommenden Diskussionen, sagt Manuela Ripa, muß nun insbesondere der deutsche Landwirtschaftsminister Cem Özdemir sich klare dagegen aussprechen. Quelle: <https://manuela-ripa.eu/europaparlament-stimmt-ueber-gesetz-zu-neuen-gentechniken-ab-manuela-ripa-mdep-oedp-das-ist-das-ende-fuer-gentechnikfreie-lebensmittel-ein-schwarzer-tag-fuer-unsere-artenvielfalt-und-di/> 7.2.24

Volksbegehrens Artenvielfalt in Bayern

Erstmalig seit der Annahme des Volksbegehrens Artenvielfalt – „Rettet die Bienen!“ vor 5 Jahren am 17.7.19 durch den Bayerischen Landtag hat der Trägerkreis des Volksbegehrens aus ÖDP, Landesbund für Vogelschutz (LBV), Bündnis 90/Die Grünen und Gregor Louisoder Umweltstiftung (GLUS) nun nach 5 Jahren eine umfassende Bilanz des Begehrens, das unter anderem auch von der AbL Bayern und der Landesvereinigung für den ökologischen Landbau Bayern unterstützt wird, gezogen.

Wissenschaftler der Hochschule Nürtingen-Geislingen haben nun alle Indikatoren des entwickelten Monitorings überprüft. Dies zeigt zwar, daß seit Verabschiedung der neuen Gesetze viele Maßnahmen umgesetzt wurden. Große Erfolge sind dabei die Ausweisung zusätzlicher Naturwälder, die Neupflanzung zahlreicher Streuobstbäume, die Einrichtung von Gewässerrandstreifen sowie die Erhöhung landwirtschaftlicher Naturschutzförderprogramme.

Doch bei besonders bedeutsamen Zielen wie dem Ausbau des Biotopverbunds und des Ökolandbaus sowie der Reduktion des Pestizideinsatzes fehlen bisher noch sichtbare Ergebnisse. Die Zahlen der Wildbienen, Insekten und anderer seltener Arten müssen wieder zunehmen. Wir brauchen wieder mehr Insekten und Vögel in unserer Kulturlandschaft.

So besteht der Biotopverbund derzeit nahezu ausschließlich aus Flächen, die bereits vor dem Volksbegehren schon existierten. Bei der beabsichtigten Halbierung des Pestizideinsatzes wird wichtigen Dingen kaum Beachtung geschenkt: der Giftigkeit – weniger Menge bedeutet nicht unbedingt weniger Gift und eine ernsthafte Reduktion der mit Pestiziden belasteten Fläche wird nicht angestrebt. Und schließlich herrscht beim Ausbau des Ökolandbaus atemberaubende Ambitionslosigkeit. Hier gab es im Vergleich zum Vorjahr kaum einen Zuwachs, so daß ein Erreichen der ersten gesetzten Zielmarke mit 20% im nächsten Jahr sehr wahrscheinlich krachend verfehlt wird“, kritisiert Agnes Becker.

Das Ziel, Pestizide bis 2030 zu halbieren, ist Teil aller internationaler Vereinbarungen und soll in Bayern schon 2028 erreicht werden. Auch die Steigerung des Ökolandbaus findet sich in der EU-Biodiversitätsstrategie wieder. Hier ist Bayern sogar noch etwas ambitionierter mit 30 statt 25%.

Quelle: <https://www.bauernstimme.de/news/details/default-d76da21514>

Wald

Vielfältige Wälder könnten riesige CO₂-Speicher sein, wenn die Emissionen sinken. Die Wiederherstellung natürlicher Wälder könnte rund 226 Gigatonnen Kohlenstoff binden. Aufgrund der fortschreitenden Entwaldung liegt das Kohlenstoff-Speichervermögen der Wälder weltweit um etwa 328 Gt unter seinem natürlichen Potenzial. Einen Großteil der gerodeten Flächen nutzt der Mensch mittlerweile für Siedlungen und die Landwirtschaft. Außerhalb dieser Gebiete, in nur dünn besiedelten Regionen, könnte die Renaturierung von Wäldern den Forschenden zufolge noch rund 226 Gt Kohlenstoff binden. Etwa 61% dieses Potenzials können erreicht werden, indem bestehende Wälder geschützt werden und sich bis zur natürlichen Reife erholen können. Die restlichen 39% können durch die

Wiedervernetzung fragmentierter Waldlandschaften, durch nachhaltiges Management und Wiederherstellung von Ökosystemen erreicht werden.

Die Studie beleuchtet die entscheidende Bedeutung natürlicher, vielfältiger Wälder, die bis zu 30% des vom Menschen verursachten Kohlenstoffs binden könnten.

Wiederherstellungsmaßnahmen ersetzen jedoch keine der Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen aus fossilen Brennstoffen. Wenn der Treibhausgasausstoß weiter steige, so warnt die Studie, würden Wälder durch anhaltende Dürren, Waldbrände und die Erderwärmung bedroht. Dies würde auch ihr Kohlenstoff-Speichervermögen massiv schmälern.

Quelle: ETH Zürich, <https://ethz.ch/de/news-und-veranstaltungen/eth-news/news/2023/11/vielfaeltige-waelder-koennten-riesige-co2-speicher-sein-aber-nur-wenn-die-emissionen-sinken.html>

Klage der DHU für saubere Luft

Die Bundesregierung muß das Nationale Luftreinhalteprogramm ändern, weil es nicht ausreicht, um die Europäischen Reduktionsvorgaben für Stickstoffoxide, Feinstaub, Ammoniak und Schwefeldioxid aus der NEC-Richtlinie 2016/2284/EU sicher einzuhalten. Dazu wurde sie vom OVG Berlin-Brandenburg aufgrund einer Klage der Deutschen Umwelthilfe (DUH) verurteilt, weil in wesentlichen Teilen mit veralteten Daten gearbeitet wurde. Das Urteil zieht erstmals die Bundesregierung für die Verbesserung der Luftqualität in Deutschland juristisch zur Verantwortung.

Seit 9 Jahren wird die überfällige technische Nachrüstung von 8 Mio Dieselfahrzeugen mit bis zu 40fach überhöhten Abgaswerten und die Filterpflicht für Holzheizungen und Baumaschinen nicht durchgesetzt, sowie eine deutliche Reduzierung der intensiven Nutztierhaltung verhindert. Zur Kontrolle der Vorgaben müssen die EU-Staaten jährlich Emissionsberichte veröffentlichen und alle 2 Jahre Emissionsinventare erstellen.

Quelle: <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/erfolgreiche-klage-der-deutschen-umwelthilfe-fuer-saubere-luft-bundesregierung-mu%C3%9F-nationales-luftreinhaltungsprogramm-24.7.24>

Nationaler Emissionshandel

Der nationale Emissionshandel (nEHS) umfasst grundsätzlich alle deutschen Brennstoffemissionen außerhalb des EU-ETS 1. Im 2. Jahr des nationalen Emissionshandels betragen die Emissionen in dessen Anwendungsbereich 288,5 Mio Tonnen CO₂. Das sind 17,9 Millionen Tonnen CO₂ oder rund 5,9% weniger als im Jahr zuvor (306,5 Mio Tonnen CO₂). Verglichen mit dem Europäischen Emissionshandel (EU-ETS 1) fiel der Emissionsrückgang im Anwendungsbereich des nEHS im Jahr 2022 deutlich stärker aus – im EU-ETS 1 sanken die Emissionen lediglich geringfügig von 355,2 auf 354,0 Mio Tonnen CO₂-Äquivalente und blieben damit nahezu unverändert. Allerdings werden die Sektorziele des Bundes-Klimaschutzgesetzes im Gebäude- und Verkehrsbereich trotz des Emissionsrückgangs weiterhin verfehlt. Die Emissionen des Verkehrs stiegen in der Sektorabgrenzung des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) gegenüber 2021 um 2%. Dagegen sanken die Emissionen im Gebäudereich um 7,4%. Trotzdem wurde das Sektorziel des KSG für den Gebäudesektor überschritten.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/nationaler-emissionshandel-co2-emissionen-sanken-2022-um-59-prozent/> 27.3.24

Grönländische Gletscher

Die Dicke des 79° N-Gletscher nahm seit 1998 um mehr als 160m ab. Dabei setzt warmes, unter die Gletscherzunge fließendes Ozeanwasser dem Eis von unten zu. Durch

extreme Schmelzraten ist das Eis seit 1998 um 32% dünner geworden. Zusätzlich hat sich ein 500 m hoher Kanal an der Eisunterseite ausgebildet, der sich in Richtung des Inlands ausbreitet.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/enormer-eisverlust-von-groenlaendischem-gletscher/> 4.4.24

Alfred-Wegener-Institut <https://www.awi.de/>

Indien wird zum Klima-Hotspot

Auf dem indischen Subkontinent werden in Zukunft wahrscheinlich immer häufiger verschiedene Extremwetter-Ereignisse zusammenkommen. Gerade die fruchtbare und dichtbesiedelte Ebene um Indus und Ganges wird sich daher vermutlich zu einem Hotspot des Klimawandels entwickeln.

Die indo-gangetische Ebene ist anderthalbmal so groß wie Spanien und zählt schon jetzt zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Erde. In Zukunft ist dort ein weiterer Anstieg der Bevölkerungszahl zu erwarten. Gleichzeitig ist das Tiefland sehr fruchtbar. Angebaut werden hier vor allem Reis und Weizen. Durch die globale Erwärmung steigt die Gefahr, daß immer häufiger Teile der Ernte durch Hitze, Dürren und Starkregen vernichtet werden.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/studie-teile-indiens-werden-zum-klima-hotspot/> 18.4.24

Klimaschäden sechsmal so hoch

Ein Anstieg der globalen Temperatur um 1 °C führt demnach zu einem Rückgang des weltweiten BIP um 12%. Globale Temperaturschocks korrelieren viel stärker mit extremen klimatischen Ereignissen als die Temperaturschocks auf Länderebene, die üblicherweise in der Fachliteratur verwendet werden.

Nach Hochrechnungen von Statista belief sich die Menge der weltweiten Kohlenstoffemissionen 2023 auf etwa 37,55 Milliarden Tonnen. Nach Angaben der NASA hat sich die Welt bis 2023 bereits um 1,36 ° Celsius erwärmt, verglichen mit der vorindustriellen Durchschnittstemperatur von 1850 bis 1900. In einer Umfrage des Guardian*), die Anfang dieses Monats veröffentlicht wurde, sagten Hunderte von führenden Klimawissenschaftlern aus der ganzen Welt, daß sie eine globale Erwärmung von mindestens 2,5 ° Celsius bis zum Ende des Jahrhunderts erwarten.

Fast 80 % der Befragten, die alle dem IPCC angehören, sagen eine globale Erwärmung von mindestens 2,5 °C voraus, während fast die Hälfte mit mindestens 3 °C rechnet. Nur 6% glauben, daß der international vereinbarte Grenzwert von 1,5 °C eingehalten werden kann. Viele der Wissenschaftler sehen eine „halb-dystopische“ Zukunft mit Hungersnöten, Konflikten und Massenmigrationen, angetrieben durch Hitzewellen, Waldbrände, Überschwemmungen und Stürme von einer Intensität und Häufigkeit, die weit über das hinausgeht, was bereits eingetreten ist.

Quelle: <https://www.solarify.eu/2024/05/28/608-klimaschaeden-mal-so-hoch-wie-befuerchtet/> 29.5.24

Extremwetter 2023 in Europa

2023 war das wärmste oder zweitwärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Die Temperaturen in Europa lagen in 11 Monaten des Jahres über dem Durchschnitt, worunter auch der wärmste September seit Beginn der Aufzeichnungen fiel. 2023 gab es eine Rekordzahl von Tagen mit „extremer Hitzebelastung“. Die Zahl der Tage mit mindestens „schwerer Hitzebelastung“ nimmt zudem in ganz Europa zu. Die hitzebedingte Sterberate

ist in den letzten 20 Jahren um rund 30% gestiegen, und die Zahl der hitzebedingten Todesfälle hat in 94% der überwachten europäischen Regionen zugenommen.

Die durchschnittliche Meeresoberflächentemperatur für die Ozeane in Europa war im gesamten Jahr die höchste seit Beginn der Aufzeichnungen.

Die drei wärmsten Jahre, die für Europa aufgezeichnet wurden, traten alle seit 2020, die zehn wärmsten seit 2007 auf.

Im Jahr 2023 fielen in Europa insgesamt etwa 7% mehr Niederschläge als im Durchschnitt. Innerhalb des gesamten europäischen Flussnetzes waren die Abflussmengen im Durchschnitt im Dezember die höchsten seit Beginn der Aufzeichnungen. Im Jahr 2023 wurde in einem Drittel des europäischen Flussnetzes die Hochwasserschwelle überschritten und in 16% die Schwelle für ein „schweres“ Hochwasser.

2023 erreichte der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Europa mit 43% einen Rekordwert.

In den Alpen kam es 2023 zu einem außergewöhnlichen Gletschereisverlust, der mit einer unterdurchschnittlichen Schneeakkumulation im Winter und einer starken Sommerschmelze aufgrund von Hitzewellen zusammenhing. In den Jahren 2022 und 2023 haben die Gletscher in den Alpen rund 10% ihres verbleibenden Volumens verloren. Das Jahr war das sechstwärmste in den Aufzeichnungen für die Arktis als Ganzes. Die fünf wärmsten Jahre in den Aufzeichnungen für das arktische Festland sind alle seit 2016 aufgetreten.

Im Jahr 2023 gab es in Europa den größten jemals aufgezeichneten Waldbrand, eines der feuchtesten Jahre, schwere marine Hitzewellen und weit verbreitete verheerende Überschwemmungen.

Nordwesteuropa erlebte den wärmsten Juni seit Beginn der Aufzeichnungen, während in den Mittelmeerregionen überdurchschnittlich hohe Niederschläge verzeichnet wurden. Im Juli kehrte sich dieses Muster fast um. Im August war es in Südeuropa überdurchschnittlich warm, und der September war der wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen für ganz Europa.

Quelle: https://climate.copernicus.eu/sites/default/files/custom-uploads/ESOTC%202023/ESOTC_2023_summary_final_word-layout.pdf

<https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/europa-2023-gab-es-weit-verbreitete-ueberschwemmungen-und-extreme-hitzewellen/> 24.4.24

UN-Klima-Verhandlungen in Bonn

Die nächste Weltklimakonferenz im aserbaidjanischen Baku im November 2024 muß Durchbrüche erzielen. Mit den nun erstmals erreichten 100 Milliarden US-Dollar jährlich an Klimafinanzierung ist ein erster wichtiger Schritt zum Wiederaufbau des Vertrauens getan. Ein Fokus wird auf den Verhandlungen über ein neues Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025 liegen. Die bisherige Verpflichtung der Staatengemeinschaft lautet, daß der globale Süden von 2020 bis 2025 pro Jahr 100 Milliarden Dollar für Klimaschutz und – anpassung aus dem globalen Norden bekommen soll. In Fachkreisen ist unbestritten, daß diese Summe nur einen kleinen Teil des tatsächlich benötigten Bedarfs abdeckt. Das neue Ziel ab 2026 muß also deutlich höher angesetzt werden.

Die Länder können nicht alle offenen Fragen bis zum Weltklimagipfel unbeantwortet lassen. In Bonn müssen sie sich annähern und mögliche Zielkorridore aufzeigen. Die Klimaschutzanstrengungen müssen so erhöht werden, daß das 1,5 °-Limit tatsächlich einhaltbar bleibt. Dafür wird auch entscheidend sein, wie die Staaten auf die Ergebnisse der ersten globalen Bestandsaufnahme reagieren und wie sie weitere Beschlüsse der

jüngsten Weltklimakonferenz in Dubai umsetzen wollen, zum Beispiel zu Schäden und Verlusten und zur sozial gerechten Transformation weltweit.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/klimafinanzierung-und-klimaplaene-volle-agenda-bei-un-verhandlungen-in-bonn/> 3.6.24

<http://www.germanwatch.org/>

Internationalen Seegerichtshof

OceanCare begrüsst die vom Internationalen Seegerichtshof (ITLOS) verkündete wegweisende und historische Stellungnahme, die klarstellt, daß die Regierungen durch das Völkerrecht verpflichtet sind, alles zu unternehmen, um die marinen Ökosysteme und das Klima zu schützen.

Nach Auffassung des Gerichts soll die Vermeidung und Verringerung der Verschmutzung der Meeresumwelt durch Treibhausgase dem Vorsorgeansatz folgen. Dies bedeutet im Wesentlichen, daß keine Öl- und Gasexploration und -förderung mehr stattfinden darf. Das Gericht hat in seinem Urteil auch die Belastung der Meere und des Klimas durch die Schifffahrt berücksichtigt. Es hat betont, daß die Flaggenstaaten verpflichtet sind, die Verschmutzung der Meeresumwelt durch Schiffsemissionen zu verhindern. OceanCare vertritt die Position, daß Schiffe langsamer fahren sollten und unterstützt auch Umweltverträglichkeitsprüfungen. Sie gelten sowohl für private als auch für staatliche Akteure und müssen vor jeder Aktivität durchgeführt werden, die die Meeresumwelt potenziell verschmutzen könnte.

Schließlich betonte der Gerichtshof die Verpflichtung der Staaten zur Wiederherstellung der Ökosysteme als Teil ihrer UNCLOS-Verpflichtungen zum Schutz der Meeresumwelt. Eine solche Wiederherstellung muß auf den besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und sich auf das Ökosystem selbst konzentrieren.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/verschmutzung-der-meere-durch-treibhausgase-verhindern-und-fuer-intakte-meereslebensraeume-sorgen/> 22.5.24

<https://www.oceancare.org/>

Österreich stimmte im EU-Rat für das Renaturierungsgesetz

Österreichs grüne Umweltministerin Leonore Gewessler sprach sich für das EU-Renaturierungsgesetz aus, gegen die Forderung ihres Koalitionspartners, der Konservativen ÖVP. Aufgrund knapper Verhältnisse der Lager für und gegen das Gesetz, war Österreichs Stimme entscheidend, daß es beschlossen werden konnte. Die ÖVP erwägt nun Klage wegen vermeintlichen Amtsmissbrauchs einzulegen.

Über 80% der europäischen Lebensräume sind nach Angaben der Europäischen Union in einem schlechten Zustand. Zudem sind 10% der Bienen- und Schmetterlingsarten vom Aussterben bedroht und 70% der Böden in einer schlechten Verfassung. Dem soll mit Maßnahmen entgegnet werden.

Es geht um die Wiederbefeuchtung trockengelegter Mooregebiete, die verbesserte Vernetzung von natürlichen Lebensräumen, weniger oder gar keine chemische Pestizide und Düngemittel in der Landwirtschaft, Beseitigung nicht heimischer Pflanzen in der Natur und grundsätzlich Förderung und Erhalt von Wildnis. Bis 2030 sollen 30% der gefährdeten Gebiete wiederhergestellt werden, bis 2040 60% und bis 2050 90%. Zudem sollen mindestens 3 Milliarden zusätzliche Bäume bis 2030 angepflanzt werden.

Vor allem die konventionelle Landwirtschaft befürchtet weiterhin Nachteile für ihr Geschäft. Dabei hatte sie es bereits im Vorfeld geschafft Kompromisse in ihrem Sinne in den Gesetzestext einzubringen. So sind Bauern nicht, wie ursprünglich geplant, verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Felder den Naturschutz-Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Der deutsche Bauernverband aber sieht das Gesetz weiterhin als Rückschritt.

Finnland, Ungarn, Italien, die Niederlande, Polen und Schweden stimmten gegen das Gesetz. Belgien enthielt sich. Bereits im EU-Parlament hatten im Februar Konservative und rechte Parteien gegen Maßnahmen zur Renaturierung gestimmt. Nur mit einer knappen Mehrheit von Grünen, Linken, Liberalen und Sozialdemokraten ging das Gesetz durch das Parlament. Mit der neuen Sitzverteilung im Parlament nach der Europawahl wäre das Gesetz gescheitert.

Quelle: <https://www.energiezukunft.eu/umweltschutz/oesterreichs-stimme-fuer-und-gegen-das-renaturierungsgesetz> 19.6.24

Chinesische Elektroautos

In China hat das Unternehmen BYD im ersten Quartal 2023 bereits mehr Autos als VW verkauft – eine Position, die die Marke VW dort seit der Liberalisierung des chinesischen Automarkts in den 1980ern innehatte. Im vierten Quartal desselben Jahres verkaufte BYD weltweit sogar erstmals mehr E-Autos als Tesla.

Die ersten Automodelle aus dem Jahr 2005, ähneln vor allem den Modellen von Toyota. Gleichzeitig investiert BYD deutlich mehr als seine inländischen Konkurrenten in Forschung und Entwicklung. 2008 folgt erste Plug-in-Hybrid, 2009 das erste E-Auto. Bereits 2010 hat BYD mehr als 500.000 Autos verkauft. So kostet der BYD Dolphin in China aktuell rund 12.700 Euro. In Deutschland ist er mit einem Listenpreis von knapp 35.000 Euro zwar deutlich teurer, aber immer noch günstiger als viele andere E-Autos. Partnerschaften im Ausland boten erste Möglichkeiten zur Expansion, bevor BYD überhaupt E-Autos außerhalb Chinas verkaufte. So beliefert das Unternehmen bereits seit 2015 die öffentliche Nahverkehrsgesellschaft von Los Angeles mit E-Bussen, stellt aber auch seit mehreren Jahren E-Busse für den britischen und japanischen Markt her. Ein anderer Grund für die Wettbewerbsfähigkeit von BYD liegt in der hohen „vertikalen Integration“: Seit jeher ist ein Ziel des Unternehmens, möglichst viele Komponenten selbst zu produzieren. BYD stellt von den Lithium-Ionen-Zellen über das Batteriepaket bis hin zum Elektromotor und der elektronischen Steuerung alle wichtigen Komponenten selbst her.

Ende der 1990er Jahre, als das Unternehmen noch ausschließlich Batterien herstellte, hat BYD die Produktion auf so viele einzelne Schritte heruntergebrochen, daß Wanderarbeiter kaum angelernt werden mußten, bevor sie diese Schritte ausführen konnten. Aufgrund der niedrigen Löhne, die den Wanderarbeiten gezahlt werden, während sie gleichzeitig zahlreiche Überstunden anhäufen, war BYD konkurrenzfähig, ohne teure Industrieanlagen und -roboter anzuschaffen. Diese Aufspaltung der Produktion in möglichst kleinteilige Schritte besteht bis heute.

Zurzeit modernisiert und baut das Unternehmen Fabriken in Brasilien, Mexiko und Ungarn.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/verkehr/ein-chinesischer-traum> 11.5.24

Reifenabrieb von Autos in Gemüse

Über Bewässerung mit aufbereitetem Abwasser und Klärschlamm kommen Reifenadditive in das Blattgemüse. Untersucht wurde Gemüse aus der Schweiz und Israel.

Die aus Autoreifen gewonnenen Verbindungen gelangen durch atmosphärische Ablagerung, Bewässerung mit aufbereitetem Abwasser und die Verwendung von Klärschlamm als Dünger in die Landwirtschaft. Dort können sie von Pflanzen aufgenommen werden und so auch den Menschen erreichen.

Die Konzentrationen der Reifenadditive im Blattgemüse sind insgesamt gering und liegen zum Beispiel bei 238 ng/kg für Benzothiazol (BTZ), oder 0,4 ng/kg für 6PPD, ein Stoff, dessen Transformationsprodukt 6PPD-Quinone eine hohe Toxizität zeigt. Dies führt dann je nach Diät zu einer täglichen Aufnahme pro Person von 12 bis 1.296 ng für BTZ, oder

0.06 bis 2.6 ng für 6PPD. Das ist in der Größenordnung vergleichbar mit Medikamentenrückständen, die ebenfalls auf Umwegen in die Nahrungskette gelangen. Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/gemuese-nimmt-chemische-stoffe-aus-autoreifen-auf/> 8.6.24

Universität Wien <https://www.univie.ac.at/>

Finanz-Skandale um AfD-Politiker

Die Durchsuchungen im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen AfD-Politiker **Bystron** waren laut WDR und SZ umfangreich. In einem fremden Büro sollen die Polizisten auf einen verschlossenen Bürocontainer gestoßen sein, dessen Inhalt sie Bystron zuordnen. So soll den Ermittlern nach Öffnen des Containers ein Ordner in die Hände gefallen sein. Darin abgeheftet: Kontoauszüge aus Liechtenstein und Tschechien. In einem Couvert sollen die Fahnder zudem rund 2.000 Euro in bar, eine Liste mit aufgeführten Goldbarren und ein Exposé über ein etwa zwei Millionen Euro teures Anwesen in Brüssel gefunden haben.

Der AfD-Politiker ist eine der mutmaßlichen Hauptfiguren in der Affäre um die tschechische Online-Plattform "Voice of Europe". Die Plattform, so der Verdacht, soll Teil einer russischen Einflussoperation gewesen sein. Bystron wird vorgeworfen, über die Plattform eine fünfstellige Summe an Bargeld erhalten zu haben. Die Herkunft des Geldes soll Bystron verschleiern. Demnach soll Bystron mit den Machern der Website auch über Inhalte gesprochen haben, die dort erscheinen sollen sowie Konferenzen in ganz Europa organisiert haben. Der 51-Jährige hat sämtliche Anschuldigungen mehrfach zurückgewiesen.

Der tschechische Inlandsgeheimdienst BIS sieht das offenbar anders. Seit Monaten versucht er die Fäden jenes mutmaßlichen russischen Einflussnetzwerks zu entwirren, das zu rechtspopulistischen Politikern in vielen Ländern der Europäischen Union führen sollen. Fast 35.000 Euro soll Bystron nach bisherigen Erkenntnissen der Ermittler in zwei Tranchen Mitte März auf ein Konto einer ihm gehörenden Firma bei der Targobank eingezahlt haben. Die gesamte Summe soll er am selben Tag wieder abgehoben haben. Das Konto gehört zu einer deutschen Firma von Petr Bystron, die laut Handelsregisterunterlagen lange Zeit faktisch inaktiv schien, bis seine Einzahlung von 35.000 Euro eine Geldwäscheverdachtsmeldung auslöste.

Die Firma meldete viele Jahre lang kaum nennenswerte Aktivitäten oder Vermögenswerte, als Adresse gibt sie ein Wohnhaus in einer Straße in der Nähe des tschechischen Ostrava an. Von dort soll ein Teil von Bystrons Familie stammen. Im Februar 2023 übernahm Bystron laut Handelsregister die Firma von seiner Mutter, ist seitdem alleiniger Eigentümer und Direktor.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/razzia-afd-bystron-100.html> 5.6.24
MDR aktuell, 16.5.24

Der AfD-Politiker **Krah** hatte auf einer Reise in die USA bei einer FBI-Kontrolle im Dezember letzten Jahres eine vierstellige Summe Bargeld bei sich. Weil er verdächtigt wurde, Zahlungen von einem prorussischen Aktivisten erhalten zu haben, hatte das FBI Krah befragt.

Krah war damals mit einigen anderen AfD-Politikern auf einem Treffen mit den "Young Republicans" in New York gewesen, an der auch Donald Trump teilnahm. Diese Veranstaltung wurde vom "Deutschland-Kurier" teilweise gesponsert.

Ende März durchsuchten polnische Ermittler in Warschau und der südlich gelegenen Stadt Tychy mehrere Wohnungen und befragten Verdächtige wegen einer koordinierten Aktion

zur Beeinflussung der europäischen Politik. Ziel des russischen Spionagenetzwerks sei "die Umsetzung der außenpolitischen Interessen des Kremls", darunter die Schwächung der polnischen Position auf internationaler Bühne, die Diskreditierung der Ukraine und von EU-Institutionen, sagte ein Sprecher der polnischen Spionageabwehr ABW.

Schon vor zwei Jahren waren polnische Ermittler auf der Spur einer mutmaßlichen Einflussnahme-Operation, die aus Moskau gesteuert worden sein soll. Damals gerieten auch schon Bystron und Krahn in den Blick der polnischen Spionageabwehr. Im Rahmen der Rechtshilfe baten die polnischen Ermittler im Sommer 2022 die deutschen Behörden um eine Zeugenvernehmung von Krahn und Bystron sowie der AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotre und Stefan Keuter.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-krahn-bystron-voice-of-europe-russland-100.html> 17.4.24

Chatkontrolle

Die EU-Staaten einigten sich nicht auf eine Position zur Chatkontrolle. Die Ratspräsidentschaft Belgien hat die Abstimmung von der Tagesordnung genommen, weil sie keine ausreichende Mehrheit hatte.

Die EU-Staaten versuchen schon seit zwei Jahren, sich auf eine gemeinsame Position zu einigen. Eine Sperrminorität aus Staaten hat die bisherigen Vorschläge abgelehnt und blockiert, darunter Deutschland und Frankreich. Deutschland hat gestern angekündigt, gegen den Entwurf zu stimmen. Verschlüsselte private Kommunikation von Millionen Menschen darf nicht anlasslos kontrolliert werden.

Frankreich schien in den letzten Wochen erneut umgeschwenkt zu sein. Nach einer „eine Entscheidung auf höchster Ebene“ kann Frankreich zustimmen, wenn „es keine Schwächung von Verschlüsselung und eine Überprüfungsklausel bezüglich der Technologien“ gibt.

Tschechien hatte gegenüber netzpolitik.org angegeben, sich enthalten zu wollen, Irland wollte für das Vorhaben stimmen.

Das ist bereits das zweite Mal, daß die EU-Staaten das Gesetz zur Chatkontrolle ablehnen. Im Dezember ist bereits Spanien damit gescheitert, eine Einigung im Rat zu erzielen. Ungarn ist seit Anfang an Befürworter der Chatkontrolle.

Quelle: <https://netzpolitik.org/2024/etappensieg-belgien-scheitert-mit-abstimmung-zur-chatkontrolle/> 20.6.24

EVP-Chef Weber fordert europaweite Onlinedurchsuchungen

„Wir als Partei der inneren Sicherheit müssen uns in Brüssel in den nächsten Jahren dafür einsetzen, hundertprozentige Rechtssicherheit für die Onlineuntersuchung und für die Vorratsdatenspeicherung zu bekommen“, sagte der CSU-Vize und Spitzenkandidat für die anstehende Europawahl in seiner Grundsatzrede auf dem CSU-Parteitag in München.

„Und deswegen sage ich euch, werden wir in der nächsten Legislaturperiode die Ambition brauchen, auch diesen digitalen Netzwerken den europäischen Stempel aufzudrücken - was in der realen Welt verboten ist, das muß auch in der digitalen Welt verboten sein“, sagte Weber. Dies sei auch wichtig hinsichtlich der Beeinflussung junger Menschen durch Propaganda in sozialen Netzwerken. Was den jungen Menschen im Internet gezeigt werde, dürfe nicht allein in der Macht eines Algorithmus liegen, bei dem das Geld über die Verbreitung entscheide. „Wir müssen dem Staat wieder Zähne geben, die Themen unserer Zeit durchzusetzen.“

Quelle: <https://www.rnd.de/politik/manfred-weber-evp-chef-weber-fordert-europaweite-onlinedurchsuchungen-P2VRXPKM2VOOBKI7LXQAIUJ5O4.html> 27.4.24

politischer Islamismus

Es gibt islamistische Gruppierungen, die Gewalttaten befürworten oder begehen, von denen schon eine Terrorgefahr ausgegangen ist. Es gibt aber auch den legalistischen Islamismus, der nach außen harmlos auftritt, sich von Gewalt distanziert, aber in ihren Bestrebungen undemokratische und freiheitsfeindliche und verfassungsfeindliche Elemente hat. Dieser Islamismus versucht, mit demokratischen Mitteln undemokratische Elemente zu etablieren. Vor allem die Muslimbrüder in Ägypten, in Gaza, Tunesien, der Türkei oder im Iran versuchen an die Macht zu kommen, um dann ihre Autorität zu zementieren.

Von diesen Gruppen wird der Islam politisiert und bei allen grundsätzlichen gesellschaftlichen Fragen wird der Koran als ein verpflichtender Rahmen dargestellt und nicht die Menschenrechte oder der Wille der Bevölkerung.

In Europa können sie nicht so schnell an die Macht kommen, um einen Scharia-Staat zu gründen – aber sie wollen viel mehr Einfluss auf die Muslime hierzulande nehmen und diese beeinflussen und für sich gewinnen. Sie versuchen ihre Kritiker zu diffamieren und zu delegitimieren, sowie in Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik ihre Werte geltend zu machen. Ihre Strategie ist, mit demokratischen Mitteln die Demokratie zu unterwandern. In Deutschland gibt es ungefähr 28.000 Mitglieder in solchen Gruppen, bei insgesamt 5 Mio Muslimen in Deutschland.

Der politische Islam versucht, große Teile der muslimischen Communities gegen Israel und Juden aufzuhetzen. In Frankreich ist die Einflussnahme politischer Islam-Akteure auf kommunaler Ebene schon seit Jahren enorm groß. Dort sind Parallelgesellschaften entstanden, sie haben Kindergärten und Schulen aufgebaut und geben so ihre eigenen Werte auch an die nächste Generation von Muslimen weiter. Dadurch entstehen enorme Integrationsprobleme. Hierdurch entstehen Freiräume für die Aktivisten, die diese nutzen, um ihre Ideologie weiter zu verbreiten. Sie versuchen mit der Etablierung von Islamparteien, noch mehr Einfluß in der Politik zu bekommen. Nach mehreren Anschlägen in Frankreich und aggressiven Demonstrationen steht Macron Israel mehr und mehr kritisch gegenüber.

Wir dürfen nicht zulassen, daß der Großteil der religiösen Strukturen vom Ausland finanziert wird. Wir sollten stattdessen Strukturen in Deutschland schaffen, die wie in den Kirchen von den Gläubigen, von den Mitgliedern getragen werden und unabhängig von Ausland sind.

Quelle: <https://www.gmx.net/magazine/politik/islamismus-experte-ahmad-mansour-spricht-politischen-islamismus-39771806> 16.6.24

Justizstatistik 2022

Die Polizei in Deutschland nutzt Staatstrojaner immer öfter. Im Jahr 2022 durfte sie 109 mal Geräte hacken und ausspionieren, 56 mal war sie damit erfolgreich. Das sind doppelt so viele Einsätze wie im Vorjahr. Das geht aus der offiziellen Justizstatistik hervor. Anlass sind vor allem Drogendelikte.

Laut den offiziellen Angaben ergingen 94 Anordnungen, den kleinen Staatstrojaner „Quellen-Telekommunikationsüberwachung“ einzusetzen, um laufende Kommunikation abzuhören. Davon wurden „49 tatsächlich durchgeführt“.

Spitzenreiter ist die Nordrhein-Westfalen, dort haben Ermittler 22 Mal gehackt. Danach folgt Niedersachsen, dort kamen Staatstrojaner in sechs Verfahren zum Einsatz. Berlin, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern haben je viermal Geräte infiziert. Der Generalbundesanwalt hackte in drei Verfahren. Sachsen und Sachsen-Anhalt haben je

zweimal Staatstrojaner genutzt, Hamburg und Baden-Württemberg je einmal. Damit hackt mittlerweile die Mehrzahl der Bundesländer.

Der große Staatstrojaner „Online-Durchsuchung“ wurde 15 mal angeordnet, um alle Daten auf dem gehackten Gerät auszuleiten. Sieben mal wurde der Einsatz „tatsächlich durchgeführt“.

Der Generalbundesanwalt hat sieben Anordnungen bekommen, aber nur ein mal gehackt, wegen krimineller oder terroristischer Vereinigungen. Das könnten Rechtsterroristen wie die Patriotische Union sein, oder auch die Klimaaktivisten der Letzten Generation.

Hessen hat einmal gehackt, wegen Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Rheinland-Pfalz hat einmal gehackt, wegen Drogen und Umgehung von Sanktionen. Sachsen wollte viermal wegen Drogen hacken, war aber nur einmal erfolgreich.

Politisch werden Staatstrojaner meist mit Terrorismus, Mord und Totschlag oder Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung begründet. Spitzenreiter sind jedoch auch weiterhin Drogendelikte. Damit verhindert der Staat, daß Sicherheitslücken geschlossen werden, um Drogen-Dealer zu bekämpfen.

Die Polizeibehörden besitzen mehrere Staatstrojaner, die sie einsetzen können. Das BKA hat selbst einen Trojaner „Remote Communication Interception Software“ (RCIS) programmiert. Seit 2013 hat das BKA den Trojaner FinSpy von FinFisher. Seit 2019 hat und nutzt das BKA auch Pegasus von NSO. Welche weiteren Trojaner Polizei und Geheimdienste besitzen, will die Ampel-Regierung nicht öffentlich sagen.

Seit 4 Jahren gibt es offizielle Statistiken, wie oft die deutsche Polizei Staatstrojaner einsetzt. Seitdem steigen die Zahlen Jahr für Jahr.

Die Ampel-Regierung hat im Koalitionsvertrag vereinbart, die Eingriffsschwellen für Staatstrojaner hochzusetzen. Justizminister Buschmann hat kürzlich einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Polizei Staatstrojaner etwas seltener einsetzen soll. Ob und wie das Gesetz tatsächlich verabschiedet wird, ist derzeit noch nicht abzusehen – SPD-Innenministerin Faeser blockiert.

Quelle: <https://netzpolitik.org/2024/justizstatistik-2022-polizei-hackt-jetzt-jede-woche-mit-staatstrojanern/> 25.4.24

Anne Brorhilker geht zur Finanzwende

Die Kölner Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker, erfolgreichste CumEx-Ermittlerin in Deutschland, wird Geschäftsführerin der Bürgerbewegung Finanzwende. Anne Brorhilker geht in die politische Auseinandersetzung und übernimmt die Leitung des Bereichs Finanzkriminalität. Sie will dafür sorgen, daß Steuerbetrug in Millionenhöhe nicht sanfter behandelt wird als Sozialbetrug.

Die strafrechtliche Aufklärung von CumEx kam teilweise nur sehr mühsam in Gang und ist bei CumCum nach wie vor unzureichend. Die Strukturen der Justiz in Deutschland sind für den Kampf gegen große und organisierte Steuerkriminalität nicht ausreichend. Es fehlt an Personal, an Knowhow, an der richtigen Zusammenarbeit zwischen Steuerfahndung, polizeilichen Ermittlern und Staatsanwaltschaften sowie an einer geeigneten föderativen Struktur. Das neue Bundesamt für die Bekämpfung von Finanzkriminalität muß auch Kompetenzen im Bereich der Steuerkriminalität haben, so daß bei großen Fällen mit internationaler Vernetzung wie CumEx der Bund die Aufklärungsarbeit koordinieren kann. Daß die Staatsanwaltschaft Hamburg trotz umfangreicher Informationen zu CumEx-Geschäften von Hamburger Banken keine Ermittlungen aufgenommen hat, daß die Staatsanwaltschaft Stuttgart trotz seit Jahren bekannter Geschäfte der Stuttgarter Landesbank LBBW keine Anklage eingereicht hat, daß bundesweit viel zu wenig zur strafrechtlichen Aufarbeitung von CumCum gemacht wird – das alles erfordert eine politische Veränderung.

Quelle: <https://www.finanzwende.de/ueber-uns/aktuelles/anne-brorhilker-wird-geschaeftsfuehrerin-der-buergerbewegung-finanzwende> 22.4.24

Interview: <https://www.ardmediathek.de/video/wdr/exklusiv-interview-cum-exchefermittlerin-spricht-ueber-ihre-kuendigung/wdr/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLTFiNDIzNDg5LTdjYjUtNGVkbkZS05ZGQ2LTg0OGI2ODdiMjA4Ng>

Der Rechnungshof zur Stromversorgung

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, daß bis 2030 rund 80% des Bruttostromverbrauchs mit Wind-, Wasser- oder Sonnenenergie gedeckt werden sollen. Aber die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat im Jahr 2023 lediglich 50 % des Zielvolumens für Windenergieanlagen an Land vergeben: statt 12,84 GW nur 6,38 GW. Um den Zielpfad zu erreichen, müsste sie im Jahr 2024 nunmehr 16,46 GW vergeben. Parallel zum Ausbau erneuerbarer Energien wird der Bruttostromverbrauch in den nächsten Jahren deutlich steigen. Durch die zunehmende Elektrifizierung in den Sektoren Verkehr, der angestrebten Elektrifizierung von Industrieprozessen und der Wärmeerzeugung.

Die **im Jahr 2023** zugebaute Leistung bei **Photovoltaik** betrug 14,1 GW, die installierte Gesamtleistung am Jahresende 81,7 GW. Damit müssen ab dem Jahr 2024 jährlich 19 GW zugebaut werden, um das Ausbauziel von 215 GW im Jahr 2030 zu erreichen.

Die **im Jahr 2023** zugebaute Leistung von **Windenergie an Land** betrug 2,9 GW, die installierte Gesamtleistung am Jahresende 60,9 GW. Damit müssen ab dem Jahr 2024 jährlich 7,7 GW zugebaut werden, um das Ausbauziel von 115 GW bis zum Jahr 2030 zu erreichen.

Die **im Jahr 2023** zugebaute Leistung bei **Windenergie auf See** betrug 0,3 GW, die installierte Gesamtleistung am Jahresende 8,5 GW. Damit müssen ab dem Jahr 2024 jährlich 3,1 GW zugebaut werden, um das Ausbauziel bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Auch der im EEG 2023 festgelegte Zielwert für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien für das Jahr 2023 wurde nicht erreicht. Mit einer Stromerzeugung von 251,2 Twh wurde die Zielmenge von 287 TWh um 12,5 % unterschritten. Die BNetzA weist darauf hin, daß sich das Ausbautempo der erneuerbaren Energien mehr als verdreifachen müsse.

Im August 2023 kündigte das BMWK an, im Zuge der KWS neue Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 23,8 GW ausschreiben zu wollen. Es ist nicht erkennbar, ob die Bedingungen attraktiv genug sind, damit sich Kraftwerksbetreiber an den Ausschreibungen beteiligen. Der fristgerechte Bau der Kraftwerke ist nicht gewährleistet.

In Berichten zum Monitoring des Stromnetzausbaus dokumentiert die BNetzA zum Stichtag 30.9.23 gegenüber der ursprünglichen Planung ein Ausbauverzug von 7 Jahren und 6.000 km. Bis zum Jahr 2045 fallen allein für den Ausbau der Stromnetze massive Investitionskosten von mehr als 460 Mrd. Euro an. Zudem werde der Ausbau der Netze immer teurer. Das Netzengpassmanagement wird voraussichtlich 6,5 Mrd. Euro pro Jahr kosten.

Den Zubau der 10 GW H2-ready-Gaskraftwerke im Zuge der KWS plant die Bundesregierung über eine Förderung aus dem KTF anzureizen. Es werden die Kosten für Systemdienstleistungen voraussichtlich erheblich ansteigen. Die Übertragungsnetzbetreiber verdoppelten die Übertragungsnetzentgelte für das Jahr 2024 von 3,12 Cent/kWh auf 6,43 Cent/kWh. Statt einen zuvor geplanten „Brückenstrompreis“ für energieintensive Unternehmen einzuführen, hat die Bundesregierung beschlossen, die Stromsteuer für das produzierende Gewerbe vorübergehend, zunächst bis zum Jahr 2025, von rund 2,00 auf 0,05 Cent/kWh zu senken. Der Strompreis für Haushaltskunden ist zur Hälfte staatlich geregelt. Trotz Wegfalls der EEG-Umlage und historisch hoher Beschaffungskosten betragen die staatlich geregelten Preisbestandteile weiterhin fast

50%. Zugleich machen die staatlich geregelten Preisbestandteile auch nach dem Wegfall der EEG-Umlage im Jahr 2022 einen erheblichen Teil des Endkundenpreises aus. Die Netzentgelte sowie Umlagen decken dabei die Kosten des Energiesystems.

Die Netzentgelte (inklusive Messstellenbetrieb) stiegen im Zeitraum 2013 bis 2023

- für Haushaltskunden um 43 % von 6,52 auf 9,35 Cent/kWh,
- für Gewerbekunden um 32,3 % von 5,61 auf 7,42 Cent/kWh und
- für Industriekunden um 84,4 % von 1,79 auf 3,30 Cent/kWh.

Seit dem Jahr 2019 ist die **Offshore-Netzumlage** um 58 % von 0,416 auf 0,656 Cent/kWh im Jahr 2024 gestiegen. Der Entwurf des NEP (2037/45) weist einen Netzausbaubedarf auf See von insgesamt 14 890 km mit geschätzten Kosten von 157,5 Mrd. Euro bis zum Jahr 2045 aus.

Im Zeitraum **2013 bis 2022** haben sich die **Kosten für Systemdienstleistungen** fast auf 5,8 Mrd. Euro verfünffacht. Größter Kostenblock ist mit 4,2 Mrd. Euro das Netzengpassmanagement. Die ÜNB gehen davon aus, daß die jährlichen Kosten dafür im Zeitraum 2024 bis 2028 von 4,9 auf 6,5 Mrd. Euro ansteigen werden. Das gelte umso mehr, da die Preise fossiler Grenzkraftwerke aufgrund der Verknappung von Emissionszertifikaten sehr stark ansteigen werden.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/energiewende-rechnungshof-kritik-100.html> 7.3.24

Pressemitteilung BRH

<https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/energiewende.html?nn=23488> 7.3.24

Bericht nach § 99 BHO zur Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit der Stromversorgung

https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2024/energiewende-volltext.pdf?__blob=publicationFile&v=4 7.3.24

Chinas Überproduktion

Bei Batterien und Solaranlagen bestehen jetzt schon Überkapazitäten. Bereits letztes Jahr waren die chinesischen Produktionskapazitäten für Batterien mehr als doppelt so groß wie die Nachfrage. Und die Differenz wächst weiter. Nächstes Jahr wird die Kapazität dreimal so groß sein wie der Bedarf.

Bei der Photovoltaik sieht es ähnlich aus. China hätte letztes Jahr genug Kapazität für Module mit einer Nennleistung von insgesamt 861.000 Megawatt gehabt. Global wurden aber nur 390.000 Megawatt installiert.

Das war ein neuer Rekord und übertraf das Vorjahr um knapp 40%. Aber selbst das hat nicht gereicht, um die in China bestehenden Herstellungskapazitäten auch nur annähernd auszulasten.

Und diese werden weiter wachsen. Allein in diesem Jahr sollen 500.000 bis 600.000 Megawatt Produktionskapazität dazukommen.

Solarzellen sind in den letzten zwölf Monaten um zwei Drittel billiger geworden. Bei Batterien lief es ähnlich – ihr Preis hat sich letztes Jahr halbiert. CATL, der chinesische Weltmarktführer bei Batterien, erwartet, daß sich die Preise dieses Jahr noch einmal halbieren.

Die Überkapazitäten und Preiskriege haben Methode. Chinas Regierung drosselt den Konsum zugunsten von Investitionen. Diese machen 42% des dortigen Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. In Deutschland ist es gerade mal halb so viel.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/finanzen-wirtschaft/chinas-industriepolitik-treibt-globale-energiewende-an> 11.4.24

Die globale Nachfrage ist begrenzt. Was, wenn am Ende zwar jeder seine Fabrik hat, aber keiner sie auslasten kann?

Rund ein Drittel der globalen Produktion entfällt auf die Volksrepublik. Das ist fast doppelt so viel wie ihr Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung. Nach manchen Zählweisen stellt die Volksrepublik damit mehr her als die neun Länder auf den Plätzen dahinter zusammen. Und China will seinen Anteil weiter steigern. Es gibt es einen Verdrängungswettbewerb.

China pumpt weiter Geld in den Aufbau neuer Produktionsstätten, obwohl es längst viel zu viele gibt. Chinas Photovoltaikkonzerne haben genug Fabriken, um jedes Jahr zweieinhalb Mal die globale Nachfrage zu bedienen. Die Autofirmen könnten 40 bis 50 Millionen Autos im Jahr herstellen, rund das Doppelte der heimischen Nachfrage. Um sie auszulasten, müsste China nicht vier oder fünf Millionen Autos exportieren, sondern eher zwanzig. Knapp zwei Drittel der Kapazitäten für die Windradproduktion stehen in China. Das allein wäre mehr als genug, um die Weltnachfrage zu decken.

Die Preise kollabieren, fast niemand ist profitabel, gute Elektroautos gibt es für unter 10.000 Euro, ein Solarpanel kostet nur noch halb so viel wie vor einem Jahr.

„Chinas Überkapazität breitet sich auf der ganzen Welt aus“, sagt Niels Graham von der Denkfabrik Atlantic Council. Die Welt stehe deshalb vor der Frage: „Wie viel Deindustrialisierung akzeptieren wir?“ Günstige Solarmodule, Windkraftturbinen und Elektroautos, häufig unter den Produktionskosten. Schneller und billiger kann man ein Land nicht elektrifizieren.

Nicht nur in den USA und Europa nimmt der Ärger zu. Mexiko hat schon im Sommer Zölle auf Einfuhren aus Ländern erhoben, mit denen es kein Freihandelsabkommen hat. China war der Hauptbetroffene. Die Türkei, für die China ein wichtiger Partner ist, hat chinesische Elektroautos Ende vergangenen Jahres faktisch verboten. Selbst Brasilien, dessen Präsident Luiz Inácio Lula da Silva einen betont chinafreundlichen Kurs fährt, prüft jetzt Einfuhrzölle. Die Verfahren betreffen Stahl- und Chemieprodukte, Autoreifen und einige andere Güter. Auch die USA wehren sich.

Die deutsche Regierung steckte in den vergangenen Jahren 10 Milliarden Euro in Kaufprämien. Nach dem Haushaltsurteil war abrupt Schluss damit. Im Januar und Februar wurden zusammen nur noch rund 50.000 Elektroautos zugelassen. Im Elektrowerk von Volkswagen in Zwickau, einst von Angela Merkel (CDU) als „Eckpfeiler der Zukunft der deutschen Automobilindustrie“ gelobt, wurde wegen der geringen Nachfrage eine Schicht gestrichen. Das Werk ist nur zu zwei Dritteln ausgelastet.

Frankreich will offenbar Zölle gegen Chinas Elektroautos, Deutschlands Autoindustrie hat Angst vor der Reaktion und glaubt an den Wettbewerb. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) subventioniert gegen die Produktflut an, siehe Intel, siehe Northvolt.

Die Klimazölle, auf die Europa zurzeit vor allem setze, reichen nicht aus. Auch höhere Schulden seien nötig. Und dann bemühen die beiden Supermächte hemmungslos die nationale Sicherheit.

Quelle: FAZ, 23.3.24 „Wer soll das alles kaufen?“

Innovation und Wettbewerbsfähigkeit

Jacques Delors empfahl 06/1993 in der EU künftig 3% des BIP in FuE, Innovationsförderung und die europaweiten Infrastrukturnetze zu investieren (über 10 Jahre jährlich 30 Mrd Euro), denn die Standortqualität und die Produktivitätsentwicklung sind stark durch standortspezifische Investitionsbedingungen und internationale Kapitalmobilität geprägt. Zu dieser Zeit entstand die Globalisierung, die kapitalgetriebene Internationalisierung der Wertschöpfungsketten und Bildung neuer weltweiter Netzwerke. Investitionen sind letztlich ausschlaggebend für den Produktivitätszuwachs und für

Einkommensperspektiven. Sie haben eine wichtige Anreizwirkung für hochinnovative Geschäftsmodelle mit enormen Kosten.

Paul Krugman warnte davor, daß vermehrt protektionistisch gehandelt werde mit der Folge von Handelskriegen. Seinerzeit bedrohte der Handelsüberschuss Japans die USA, mittlerweile ist der Handelskrieg zwischen den USA und China stark fortgeschritten. Aber Volkswirtschaften müssen sich gegenüber geopolitischen Risiken als anpassungsfähig erweisen. Die Entdeckung von außenwirtschaftlicher Abhängigkeit der Unternehmen führte zu Forderungen nach Decoupling (Entkoppelung) und Derisking (Risikominimierung) gegenüber China. Die EU braucht eine Verteidigungsunion (globale Sicherheit).

Der 2021 mit dem Ukrainekrieg einsetzende, massive Anstieg der Energiepreise führte zu teuren Restrukturierungen in den Unternehmen. Die besonders innovationsstarken energieintensiven Unternehmen senkten ihre Produktion deutlich.

Die Klimapolitik (Dekarbonisierung, Übergang zur Klimaneutralität) verlangt, daß Teile des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks vor dem Zeitpunkt des technisch notwendigen Abgangs ersetzt werden. Damit entstehen Kapitalkosten, für deren Bereitstellung ein flexibler Kapitalmarkt unverzichtbar ist.

Allerdings sind neue Produkte und Prozesse mit schwer einschätzbaren Risiken verbunden. Michael Porter argumentiert, daß Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil erlangen, die in räumlich dichte Netzwerke (Cluster) eingebunden sind, spezialisiertes Fachwissen entwickeln und effizient zusammenarbeiten. können. Wenn sich Regionen auf die Stärkung ihrer spezialisierten Industriecluster konzentrieren, werden sie von den globalen Handelsströmen profitieren. Die historisch bedingte und im internationalen Vergleich einzigartige Clusterstruktur in Deutschland brachte uns einen Vorteil. Damit wird der Standortwettbewerb auf die regionale Ebene verlagert.

Quelle: FAZ, 4.6.24, „Rückkehr der Wettbewerbsfähigkeit“ von Michael Hüther (IdW)

Rentenpolitik ohne Plan

Das geplante Rentenpaket der Ampelregierung würde die Sozialausgaben bald um 30 bis 40 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen. Und der größte Teil dieser Milliarden, schätzungsweise zwei Drittel, flösse an Menschen mit überdurchschnittlichen Renten. In einem am sogenannten Äquivalenzprinzip orientierten Rentensystem sei es doch nur selbstverständlich, daß Bezieher höherer Renten auch höhere zusätzliche Geldbeträge erhalten.

Es geht aber vielmehr um einen gezielten politischen Eingriff der Bundesregierung in die Rentenformel mit dem Ziel, stärkere Rentenerhöhungen herbeizuführen. Kern des Eingriffs in die Rentenformel ist die Stilllegung des sogenannten Nachhaltigkeitsfaktors. Bisher soll dieser Faktor einen Lastenausgleich zwischen den Generationen schaffen, wenn es mehr Rentner und weniger Zahler gibt: Die Rentenerhöhungen fallen dann etwas geringer aus als der allgemeine Lohnanstieg, damit die steigende Last der Zahler langsamer wächst. Bisher ist der Faktor so justiert, daß die Rentner ein Viertel der Last tragen. Mehr als zwei Jahrzehnte gab es einen breiten politischen Konsens, daß der Generationenvertrag der Umlagerente einer solchen Stabilisierung bedürfe.

Die Pensionen kosten dem Staat im Jahre 2022 rund 80,18 Mrd. €. Insgesamt schlummerten im Jahre 2019 rund 809 Milliarden € als Pensionslasten auf der öffentlichen Hand. Diese Pensionen werden dann aus dem laufenden Haushalt bezahlt.

Quelle, FAZ 27.4.24

EU-Emissionshandel

Das EU-ETS deckt etwa 40% der gesamten Emissionen in der EU ab. Die Obergrenze sinkt jedes Jahr und wird voraussichtlich um das Jahr 2040 herum bei Null liegen. Zwei aufeinander folgende ETS-Reformen haben durch eine Verschärfung der Emissions-Obergrenze den Preis von unter 10€/t CO₂ im Jahr 2017 auf etwa 80 €/t CO₂ 2022 angehoben. Dies führte dazu, daß Unternehmen angefangen haben, vorausschauender zu handeln und kurzfristig weniger CO₂ auszustoßen, um Zertifikate für eine spätere Verwendung aufzubewahren.

Der Preis für den Ausstoß von klimaschädlichem CO₂ hat sich in den letzten 5 Jahren verzehnfacht. Nicht nur die Veränderung der Regeln, sondern auch die langfristige Glaubwürdigkeit des ETS bringt Unternehmen dazu, ihr Marktverhalten an den langfristigen Klimazielen auszurichten. Weil Emissionszertifikate angespart werden können, werden aktuelle Preise mit künftigen Knappheiten verknüpft.

Die bestehenden Mechanismen zur Stabilisierung des Emissionshandel-Marktes sollten darauf ausgerichtet werden, den CO₂-Preis im Fall sinkender Glaubwürdigkeit zum Beispiel durch zeitnahe Verknappung des Angebots zu stabilisieren.

Quelle: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

<https://www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/politische-glaubwuerdigkeit-entscheidet-ueber-den-erfolg-des-eu-emissionshandels> 31.5.24

EU-Lieferkettengesetz

Die EU hat sich auf ein Lieferkettengesetz geeinigt. Die Bundesregierung hat ihre Enthaltung beim EU-Lieferkettengesetz angekündigt und damit die massive Abschwächung des Gesetzes durchgesetzt. Das Gesetz nun zunächst nur für schätzungsweise 0,01% der europäischen Unternehmen gelten.

Der nun beschlossene Text sieht unter anderem vor, daß das Gesetz zunächst nur für sehr große Unternehmen mit mehr als 5.000 Mitarbeitenden gelten soll, nach einer mehrjährigen Übergangsphase dann für Unternehmen mit 1.000 Mitarbeitenden und mindestens 450 Millionen Euro Jahresumsatz.

Quelle: <https://www.germanwatch.org/de/90589> 15.3.24

Kürzung von Forschungsmitteln

Die Forschungsförderung ist für die schnelle und erfolgreiche Umsetzung der Energiewende wichtig. Sie ist Grundlage für die bewährte und erfolgreiche Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei der Entwicklung und Markteinführung neuer Technologien.

Im Haushalt für das Jahr 2024 wurden die Mittel für die Energieforschung um 12% reduziert. Zusätzlich führte das Urteil des BVerfG im November 2023 zu einer Reduktion der Finanzmittel für die Themen Batterie- und Wasserstoffforschung. In Summe gehen die Ministerien von einer Verringerung der verfügbaren Mittel für die Projektförderung um bis zu 30% aus. Für den Haushalt 2025 sind weitere Rückgänge bei der Energieforschungsförderung nicht auszuschließen.

Auch die Ausbildung von Fachkräften findet umfangreich im Kontext der öffentlich geförderten Forschung statt. Beispielhaft zeigt eine Studie des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI, wie sich die Kürzungen der Fördermittel drastisch auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Batterieindustrie auswirken, weil sie den jetzt schon bestehenden Mangel an Fachkräften noch weiter verschärfen werden. In den letzten Jahren wurden laut der Studie allein in Deutschland ca. 15.000 Fachkräfte in diesem Bereich ausgebildet – maßgeblich in Forschungsförderprojekten der öffentlichen Hand, in denen Bachelor-, Master- und Doktorarbeiten entstehen.

Quelle: Fraunhofer ISE

<https://www.ise.fraunhofer.de/de/presse-und-medien/presseinformationen/2024/massive-kuerzungen-der-forschungsfoerderung-bremsen-notwendige-innovationen-bei-schluesselforstellungen-fuer-die-energiewende.html> 20.6.24

Klimaschutzverträge

Das Bundesministerium für Wirtschaft hat das erste Gebotsverfahren des Förderprogramms Klimaschutzverträge gestartet. Unternehmen der energieintensiven Industrie, die erfolgreich am vorbereitenden Verfahren im Sommer 2023 teilgenommen haben, können sich innerhalb der nächsten 4 Monaten um eine 15-jährige Förderung ihrer großen Transformationsprojekte bewerben. Das Fördervolumen beläuft sich auf insgesamt 4 Mrd Euro.

Mit den Klimaschutzverträgen fördern wir moderne, klimafreundliche Industrieanlagen von morgen. Dadurch entstehen neue Technologien, Wertschöpfungsketten und Infrastrukturen. Klimaschutzverträge sollen moderne, klimafreundliche Produktionsverfahren in den energieintensiven Industriebranchen anstoßen, zum Beispiel in der Papier-, Glas-, Stahl- und Chemieindustrie. Dafür gleichen Klimaschutzverträge dort, wo klimafreundliche Produktionsverfahren gegenwärtig noch nicht konkurrenzfähig betrieben werden können, die Mehrkosten im Vergleich zu konventionellen Verfahren aus - für eine Laufzeit von 15 Jahren.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/klimaschutzvertraege-gehen-in-die-erste-runde/> 12.3.24, Klimaschutzverträge gehen in die erste Runde

<https://www.klimaschutzvertraege.info/>

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/03/20240312-erste-runde-klimaschutzvertraege.html>

Klimageld

Schon bei der Einführung der nationalen CO₂-Bepreisung im Jahr 2021 wurde von der Großen Koalition versprochen, daß es einen Rückverteilmehanismus geben solle und auch die Ampel-Regierung hat in ihrem Koalitionsvertrag ein Klimageld beschlossen. Noch wird es aber nicht ausgezahlt. Der Auszahlmechanismus sei zu schwierig, die öffentliche Verwaltung könne täglich höchstens 100.000 Überweisungen tätigen, sagte Finanzminister Christian Lindner vor zwei Jahren. Nun soll der Auszahlungsmechanismus bald stehen – doch das Geld fehlt angesichts des rigiden Sparkurses.

250 Euro Klimageld wären bereits dieses Jahr in Deutschland möglich, wenn die Regierung alle Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an die Bevölkerung ausschütten würde. In Österreich gibt es seit 2 Jahren einen "Klimabonus". Die Einführung des CO₂-Preises wurde auch um wenige Monate, von Juli auf Oktober 2022, verschoben: Der CO₂-Preis sollte, anders als in Deutschland, erst eingeführt werden, wenn der Klimabonus bereit ist. 2024 beträgt der so genannte Sockelbetrag des Klimabonus in Österreich 145 Euro. Diesen erhalten alle in Österreich gemeldeten Erwachsenen, Kinder erhalten die Hälfte. Dazu kommt ein Betrag, der regional gestaffelt ist: Je nach Qualität der Versorgung mit öffentlichem Nahverkehr erhalten Bürger bis zu 145 Euro noch zusätzlich. Das erhöht die Akzeptanz bei Menschen, die auf dem Land wohnen und stärker aufs Auto angewiesen sind.

Auch Asylwerber sollen den Klimabonus bekommen. Kritik gab es außerdem, daß der Klimabonus auch Menschen mit sehr hohem Einkommen zusteht, die ihn nicht brauchen. Hier hat die Regierung mittlerweile korrigiert: Menschen mit einem Bruttoeinkommen über etwa 93.000 € müssen den Klimabonus ab diesem Jahr versteuern.

Der CO₂-Preis ist bei Bürgern unbeliebt, obwohl sie ihn im Alltag kaum spüren: Marktschwankungen beeinflussen die Preise an der Zapfsäule viel stärker als der CO₂-Preis. Bei Umfragen vor der Einführung standen die meisten der CO₂-Bepreisung zwar kritisch gegenüber, die Einschätzung verbesserte sich aber, wenn eine Rückvergütung mit abgefragt wurde.

Beschlossen wurden CO₂-Preis und Klimageld bereits als Teil einer großen ökosozialen Steuerreform im Oktober 2021. Dort waren auch viele Wunschprojekte der ÖVP enthalten wie die Senkung von Einkommensteuersätzen oder die Verbesserungen von Familienleistungen. Und auch die Industrie hat viele Forderungen durchgesetzt: So wurde etwa die Körperschaftssteuer von 25 auf 23% gesenkt. Die CO₂-Bepreisung stand also nicht alleine da – eine Abschaffung wäre nur möglich gewesen, wenn das Paket insgesamt aufgeschnürt worden wäre. Wenige Tage nach Vorstellung der ökosozialen Steuerreform ist Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) aber über eine Chat-Affäre gestürzt, Karl Nehammer (ÖVP) kam als sein Nachfolger. Insgesamt war die ÖVP in dieser Zeit geschwächt und hatte Furcht vor Neuwahlen. Es war für die Konservativen daher schwierig, die CO₂-Bepreisung nochmals ernsthaft in Frage zu stellen und Neuwahlen zu riskieren.

Quelle: https://umweltinstitut.org/energie-und-klima/meldungen/interview-klimabonus/?tw_cid=21 24.7.24

BIP sinkt durch den Klimawandel

Steigt die Durchschnittstemperatur auf der Erde um 3 ° Celsius, sinkt das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) um bis zu 10% pro Jahr. Laut neuen Berechnungen könnte das Minus 10 Bio. Dollar pro Jahr ausmachen. Das zeigt die Studie des Wirtschaftsforschers Paul Waidelich von der ETH Zürich. Bei der weltweit angestrebten maximalen Erwärmung um 1,5 ° sind es nur 3%, heißt es.

Eine globale Erwärmung um 3 ° erhöht unter anderem das Risiko extremer Niederschläge weltweit. Allein dadurch sinkt das globale BIP um 0,2%, was nach heutigen Zahlen 200 Mrd. Dollar ausmachen würde. Ein Großteil dieser Kosten entsteht in den USA und in China, die im Gegensatz zu den wärmeren tropischen Regionen weniger auf extreme Niederschläge vorbereitet sind, ebenso wenig wie Wüstenländer wie gerade in den Vereinigten Emiraten und Oman, die gerade die schwersten Überschwemmungen seit 75 Jahren erleben mußten. Der Anstieg des Meeresspiegels wurde dabei noch nicht berücksichtigt.

Unter den betrachteten Extremereignissen haben jedoch Hitzewellen die stärksten Auswirkungen. Darauf sind fast die Hälfte der weltweiten wirtschaftlichen Schäden zurückzuführen.

Quelle: <https://www.presetext.com/news/bip-sinkt-durch-den-klimawandel-drastisch.html> 22.4.24

Inflation macht Umweltverbrauch billiger

Die Einnahmen aus umweltbezogenen Steuern, Abgaben und Gebühren sind in den letzten 20 Jahren unter Berücksichtigung der Inflation um rund 23 Mrd. Euro (-18%) gesunken – trotz Einführung von CO₂-Preis, Lkw-Maut und Co. Die Höhe der Steuer blieb gleich, während das sonstige Preisniveau um 53% stieg. Das Umweltsteueraufkommen ist real also gesunken.

Die Entwertung der Umwelteinnahmen durch die Inflation senkt nicht nur deren Beitrag zu den Staatseinnahmen, sondern auch ihre ökologische Lenkungswirkung. Eine grundlegende Steuerreform wäre nötig, um deren Beitrag zur öffentlichen Finanzierung und zu Umwelt- und Klimaschutz zu sichern und Bürger an anderen Stellen zu entlasten.

Quelle: Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)
<https://crm.foes.de/civicrm/mailling/view?id=2435> 23.2.24
https://foes.de/publikationen/2024/2024-02_FOES-Steuerstruktur.pdf

Ausgleichszölle für E-Mobile aus China

9 Monate nach dem Start einer Antisubventionsuntersuchung hat die EU-Kommission vorläufige Ausgleichszölle auf die Einfuhren von batteriebetriebenen E-Mobilen aus China eingeführt (BYD: 17,4%, Geely: 19,9%, SAIC: 37,6%, andere 20,8% bei Kooperation mit der EU, andere ohne Kooperation mit der EU 37,6%). Auf der Grundlage der Untersuchung kam die Kommission zu dem Schluß, daß die Wertschöpfungskette in China von unfairen Subventionen profitiert, die eine wirtschaftliche Schädigung der E-Mobil-Hersteller in der EU zu verursacht.

Diese vorläufigen Zölle gelten ab 5.7.24 für 4 Monate. Innerhalb dieses Zeitrahmens muß durch Abstimmung der EU-Mitgliedstaaten eine abschließende Entscheidung über endgültige Zölle getroffen werden. Nach deren Annahme werden die Zölle 5 Jahre gültig sein.

Quelle: https://www.oekonews.at/?mdoc_id=1192359 4.7.24